

www.CBGnetwork.org

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 2/2020 38. Jahrgang

Mit Beilage
BIG
Business
Crime

Pharmamarkt-Versagen

BAYER & Corona

Weitere Themen:

Glyphosat-Geschädigte vs. BAYER

HV-Prozess: CBG vs. BAYER

Tierquälerei in BAYERs Auftrag

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG)



SPUREN HINTERLASSEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift

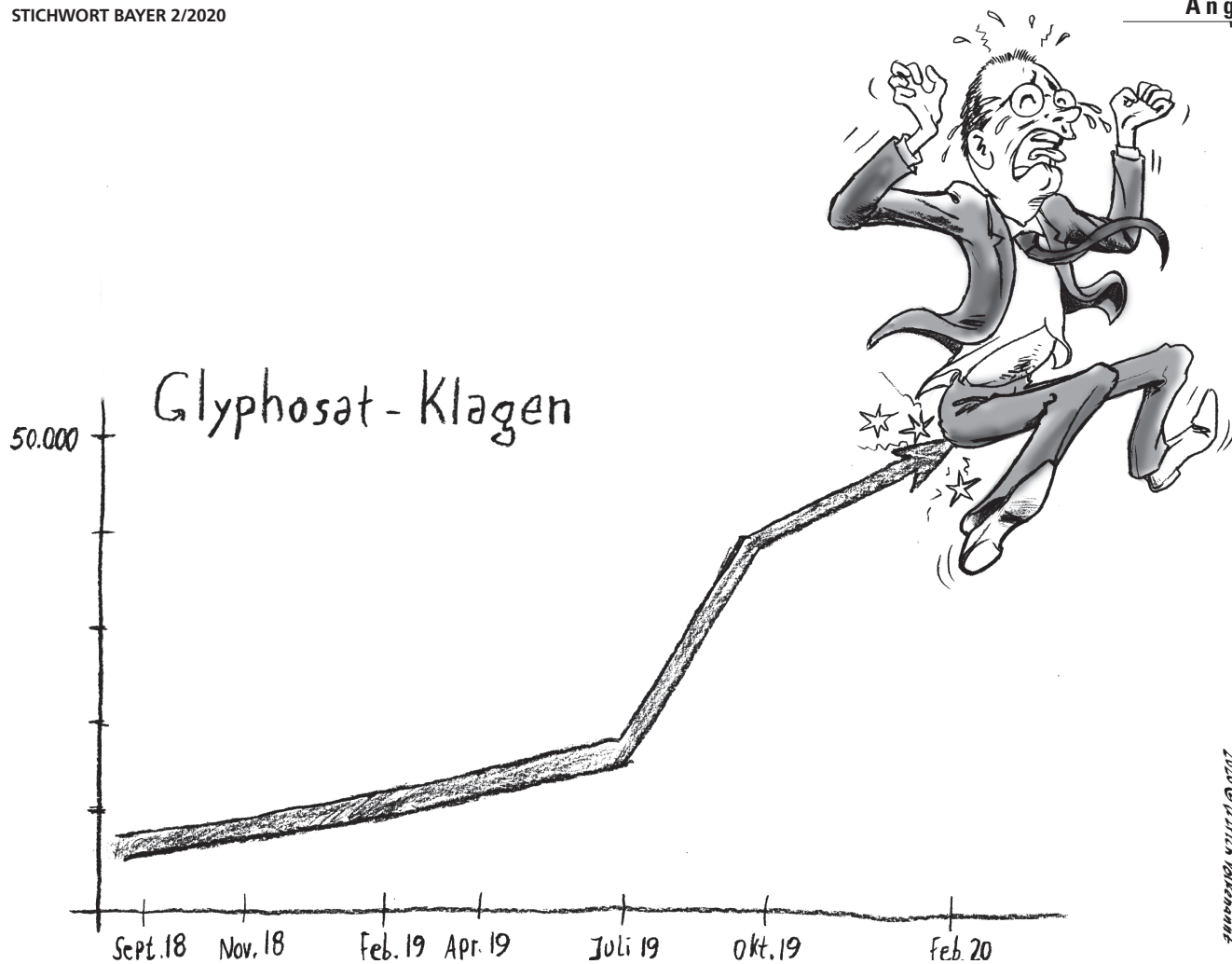


Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org



Aktien-Kurse, das war gestern, heutzutage zählen für BAYER die Glyphosat-Klagen. Siehe Seite 6 f

Inhalt

- 6 Mehr Umsatz, mehr Klagen**
BAYERs Bilanz-Pressekonferenz
- 8 Pharmamarkt-Versagen**
BAYER & Corona
- 14 Im Namen BAYERs**
Gericht schmettert CBG-Klage in Sachen „HV“ ab
- 18 Tierquälerei & Test-Tricks**
BAYERs Vertragslabor LPT in der Kritik
- 24 Ein trauriges Jubiläum**
Wie die IG FARBEN 1930 Brüning inthronisierten
- 31 Das Sicherheitsrisiko**
Glyphosat-Rückstände in Gen-Pflanzen

Rubriken

- 5 Editorial**
Impressum
- 7 O-Ton BAYER**
CBG bei der Arbeit
- 28 Promis gegen Profit**
- 30 Au weia, BAYER**

Rasant werden die Urwälder Europas
unwiederbringlich verheizt -
auch für unsere Produkte und
unsere Bioenergie

URWÄLDER IN EUROPA SCHÜTZEN

ROBIN WOOD
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

Das machen wir

Mit deiner Spende hilfst du uns dabei
www.robinwood.de/spenden
oder rufe uns an 040 380892-0



Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

38. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonnent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Jan Pehrke (jp). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWST.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder Email bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Wolfram Esche / Rechtsanwalt / Köln,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Dr. Jürgen Rochlitz / Chemiker / Burgwald,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie, die ungeheures Leid über die Menschheit bringt und heute noch gar nicht absehbare Folgen haben wird, traf die Pharma-Industrie völlig unvorbereitet. Von den 20 größten Pillen-Konzernen forschte kein einziger an den Vorläufer-Viren von SARS-CoV-2, MERS und SARS 1. Diese Erkenntnisse fehlen heute. „Hätten wir einen Impfstoff gegen SARS entwickelt, könnten wir heute Covid-19 vielleicht besser verstehen und behandeln“, sagt etwa Francesca Colombo von der Industrieländer-Organisation OECD.

Dabei sah das im Jahr 2002 beim Auftreten des ersten SARS-CoV-Abkömmlings noch ganz anders aus. Damals brach in den Labors ähnlich wie jetzt hektische Betriebsamkeit aus. Aber diese legte sich rasch. „Wenn diese Epidemien auftreten, gibt es sehr viel Interesse (...), aber danach verliert sich das Interesse wieder, und die Investoren ziehen sich zurück“, so erklärte NOVARTIS-Boss Vasant Narasimhan in einem Interview die Untätigkeit von Big Pharma auf diesem Sektor. Mittel für Epidemien zu entwickeln, die vielleicht alle zehn, fünfzehn Jahre mal ausbrechen, vielleicht aber auch nicht, bieten den Unternehmen kaum Aussicht auf verlässliche Renditen. Das Geschäftsfeld „Infektionskrankheiten“ haben deshalb immer mehr Firmen aufgegeben. Beim Leverkusener Multi war es 2004 so weit. Da wickelte er die Sparte gemeinsam mit „Atemwegserkrankungen“ und vielen anderen ab. „Apotheke der Welt“ wollte BAYER spätestens da ebenso wenig mehr sein wie andere Hersteller. Spezialisierung auf wenige, besonders viel Aussicht auf Profit versprechende Bereiche lautete von nun an das Gebot der Stunde. „Wir müssen Geld verdienen mit unseren Produkten. Das führt dazu, dass nicht alle Medikamente entwickelt werden, die wir brauchen“, mit diesen Worten umriss der ehemalige Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers einmal die politische Ökonomie des Medikamenten-Geschäfts.

Wir gehen auf dieses Thema im vorliegenden *Stichwort BAYER (SWB)* ausführlich ein und hätten es auch gerne auf die Tagesordnung der nächsten BAYER-Hauptversammlung gesetzt. Aber während alle anderen DAX-Konzerne ihre



Aktionär*innen-Treffen wegen der Pandemie verschoben, machte sich der Global Player für eine Online-Alternative stark. Mit Erfolg Das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ gibt dem Konzern jetzt das Recht dazu, sich vor den zu erwartenden Protesten nicht nur in Sachen „SARS-CoV-2“ ins Virtuelle flüchten zu können. Und dann hat die Bundesregierung BAYER & Co. auch noch einen milliarden-schweren Rettungsschirm aufgespannt für den Fall, das die Geschäfte durch die Pandemie Einbußen erleiden. Der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN steht ein solcher finanzieller Schutz nicht zur Verfügung. Sie erhält keinerlei institutionelle Förderung und finanziert sich hauptsächlich über Spenden, die schon jetzt – aus verständlichen Gründen – spärlicher fließen. Darum möchte ich an dieser Stelle *SWB*-Leser*innen, die durch die Pandemie absehbar keine ökonomische Einbußen erleiden, bitten, der CBG zu helfen, diese Krise zu überstehen. Damit sie imstande ist, sich dann an der Diskussion um das „Danach“ zu beteiligen. Denn eines ist klar: So wie es vor Corona war, kann es nicht bleiben. Die Defizite des derzeitigen Wirtschaftssystems haben sich vor allem auf dem Gesundheitssektor zu klar abgezeichnet. Um aus gegebenem Anlass aus der „Pest“ von Albert Camus zu zitieren: „[E]s werden alle neu anfangen müssen.“ Dieses Buch einmal zu lesen – natürlich erst nach dem neuen *SWB* - empfiehlt

Jan Pehrke

Mehr Profit, mehr Glyphosat-Klagen

BAYERs Bilanz



Foto: BAYER

Die Perspektive täuscht: links Cropsience-Chef Liam Condon, dann der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann, Finanz-Vorstand Wolfgang Nickl, Pharma-Vorstand Stefan Oelrich und schließlich der „Consumer Health“-Vorstand Heiko Schipper

Am 27. Februar lud der BAYER-Konzern zu seiner Bilanz-Presskonferenz nach Leverkusen ein. Aber für den Unternehmensgewinn im Geschäftsjahr 2019 interessierten sich die Investoren kaum noch. Sie bewerten den Agro-Riesen inzwischen nach ganz anderen Zahlen. Dementsprechend warteten sie gespannt auf die neuesten Angaben zur Menge der Glyphosat-Klagen. Und was sie da hörten, tat dem Aktien-Kurs des Global Players nicht eben gut.

Von Jan Pehrke

„Ich möchte heute mit Ihnen auf das Geschäftsjahr 2019 zurückblicken, das für mich unter der Überschrift steht: ‚Wir haben geliefert‘“, hob BAYER-Chef Werner Baumann auf der Bilanz-Presskonferenz des Konzerns am 27. Februar an. Zunächst meldete er im Hinblick auf die Einnahmen Vollzug und verwies auf die 43,5 Milliarden Euro Umsatz. „Das ist der höchste Wert, der jemals bei BAYER erzielt wurde“, so Baumann stolz. Auch mit dem Ende 2018 angekündigten „Portfolio-, Ef-

fizienz- und Strukturmaßnahmen“, welche die Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen vorsehen, lag der Agro-Riese ihm zufolge im Soll. Mit den „Positionen“, die das Unternehmen in „Populationen“ streicht – wie Finanzvorstand Wolfgang Nickl den Kahlschlag umschrieb – geht es nach Bekunden des Vorstandsvorsitzendes nämlich zügig voran.

Die Investoren warteten allerdings auf ganz andere Zahlen, die zu den Glyphosat-Prozessen nämlich. „Meine Damen und

Herren, wie Sie wissen, war der Rechtskomplex um unseren Wirkstoff Glyphosat eines der prägenden Themen für BAYER im Jahr 2019, auch wenn wir es uns anders gewünscht hätten“, mit diesen Worten leitete Werner Baumann zu dem schwierigen Kapitel über. Und was die Investoren daraus zu hören bekamen, war nicht gerade dazu angetan, sie zu erfreuen. 48.600 Klagen von Geschädigten des Herbizids sieht sich der Global Player mittlerweile gegenüber – noch einmal 5.300 mehr

als im Oktober 2019. Trotzdem steht der BAYER-Chef nach wie vor in Treue fest zu dem Produkt. „Glyphosat war und ist bei sachgemäßer Anwendung sicher“, bekräftigte er in seiner Rede und kündigte an: „Wir werden die drei Berufungsverfahren notfalls durch alle Instanzen betreiben.“ Flankenschutz bekam der Konzern dabei jüngst von der US-Regierung. „Die Trump-Administration stützt BAYER in Herbizid-Verfahren“ meldete das *Wall Street Journal*. Das Justizministerium nutzte das Rechtsinstitut des „Amicus Curiae“, das Unbeteiligten Einlassungen zu laufenden Prozessen erlaubt, und setzte einen Brief an das Gericht auf. In diesem befand es kurzerhand: „Der Kläger ist im Unrecht“ und verlangte von den Richter*innen, das Urteil aufzuheben.

Das durfte Werner Baumann in seinen Ausführungen natürlich nicht unerwähnt lassen: „Zuletzt hat die US-Regierung im Rahmen einer Stellungnahme für eines der Verfahren wichtige Punkte unserer Argumentation ausdrücklich bekräftigt.“ Zu den parallel zu den juristischen Auseinandersetzungen laufenden Mediationsgesprächen unter der Leitung des Anwalts Ken Feinberg bemerkte er dagegen nur knapp, BAYER beteilige sich „weiterhin konstruktiv“ daran.

In den Wochen nach der Bilanz-Pressekonferenz häuften sich dann Berichte, die von kurz vor dem Abschluss stehenden Vergleichsverhandlungen mit den Anwalt*innen der Geschädigten kündeten. Auch eine konkrete Schmerzensgeld-Summe stand schon im Raum: Zehn Milliarden Dollar. Noch aber gibt es keine solche Übereinkunft, und das liegt nicht unbedingt am Geld. Normalerweise gehen die Vergleiche bei Produkthaftungsverfahren für den Hersteller nämlich immer mit der Pflicht einher, künftig besser vor den Risiken und Nebenwirkungen seiner Hervorbringungen zu warnen. BAYER müsste also auf die Krebs-Gefahr von Glyphosat hinweisen. Da ist allerdings die US-amerikanische Umweltbehörde EPA vor, denn diese hat – von Donald Trump auf Linie gebracht – dem Herbizid erst vor Kurzem Unbedenklichkeit attestiert. Aber nicht nur das erschwert die Einigung. Weitere Kopfschmerzen bereitet Feinberg die vom Leverkusener Multi erhobene Forderung, durch das Übereinkommen in Zukunft vor Klagen gewappnet zu sein. Künftigen Glyphosat-Kranken den Rechtsweg verbauen zu wollen – das rührt an die Grundfeste des Rechtsstaats und bringt Jurist*innen in Gewissensnöte. „Das ist wirklich am

Rande dessen, was Sie als Anwalt ethisch einwandfrei tun können, sagt der Rechtswissenschaftler David Noll von der „Rutgers Law School“.

In dem zeitgleich mit der Bilanz-Pressekonferenz erschienenen Geschäftsbericht hat der Konzern seine Aktionär*innen schon einmal auf die mit dem „Rechtskomplex“ eventuell verbundenden Kosten hingewiesen und auf mögliche drastische Schritte wie Verkäufe von Unternehmensanteilen eingestimmt. „Wir könnten gezwungen sein, diesen möglichen erhöhten Finanzbedarf durch die Aufnahme weiterer fremdfinanzierter Mittel, durch die Erhöhung unseres Eigenkapitals, durch die Veräußerung von Vermögenswerten – ggf. zu ungünstigen Konditionen – oder durch Kombinationen dieser Instrumente zu decken“, heißt es dort.

Damit nicht genug, geht in Sachen „Glyphosat“ jetzt auch noch ein US-amerikanischer Investor gerichtlich gegen BAYER vor. Rebecca Haussmann vom KONSTANTIN S. HAUSSMANN TRUST beschuldigt das Management, bei der Prüfung der MONSANTO-Übernahme den Prozessrisiken nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt zu haben und verlangt deshalb Schadensersatz. 168 Seiten brauchte die Klageschrift, um alle Versäumnisse aufzulisten. Haussmann bringt auch den kurz vor der Bilanz-Pressekonferenz bekanntgegebenen vorzeitigen Rücktritt von BAYER-Aufsichtsratschef Werner Wenning mit den von ihr erhobenen Vorwürfen in Verbindung. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) sieht ebenfalls einen Zusammenhang mit dem Disaster-Deal. Die Großaktionär*innen des Konzerns schassten Wenning offenkundig, weil er derjenige ist, der für die Akquisition hauptverantwortlich ist und es dem Manager nun schon seit Jahren nicht gelingt, die damit verbundenen Skandale und Katastrophen einzudämmen.

Diese ganze Gemengelage ließ am 28. April eine turbulente Hauptversammlung erwarten, und die CBG schickte sich wieder an, das ihrige dazu beizutragen. Aber das hat der Leverkusener Multi jetzt umgangen. Während alle anderen Unternehmen ihre Aktionär*innen-Treffen wegen der Corona-Krise verschoben, nutzte BAYER die Pandemie, um die HV ins Internet zu verlegen und so den zu erwartenden Protest vor und im Bonner World Conference Center auszubremsen. Die Coordination wird jedoch trotzdem alles tun, um den Tag für den Leverkusener Multi so unangenehm wie möglich zu gestalten. ←

CBG bei der Arbeit



Aus gegebenem Anlass finden die alljährlichen Proteste zur Berliner „Grünen Woche“ seit Längerem nicht mehr unter dem Motto „Wir haben es satt“ statt, sondern unter einem, das noch weniger Zweifel daran lässt, um was es geht. „Wir haben die Agrarindustrie satt“ heißt es nunmehr. Und da BAYER seit dem Erwerb von MONSANTO die Nr. 1 der Branche ist, nahm die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auch am 18. Januar 2020 wieder an der Demonstration für eine Landwirtschaft ohne Gentechnik, Pestizide und Massentierhaltung teil.

O-Ton BAYER



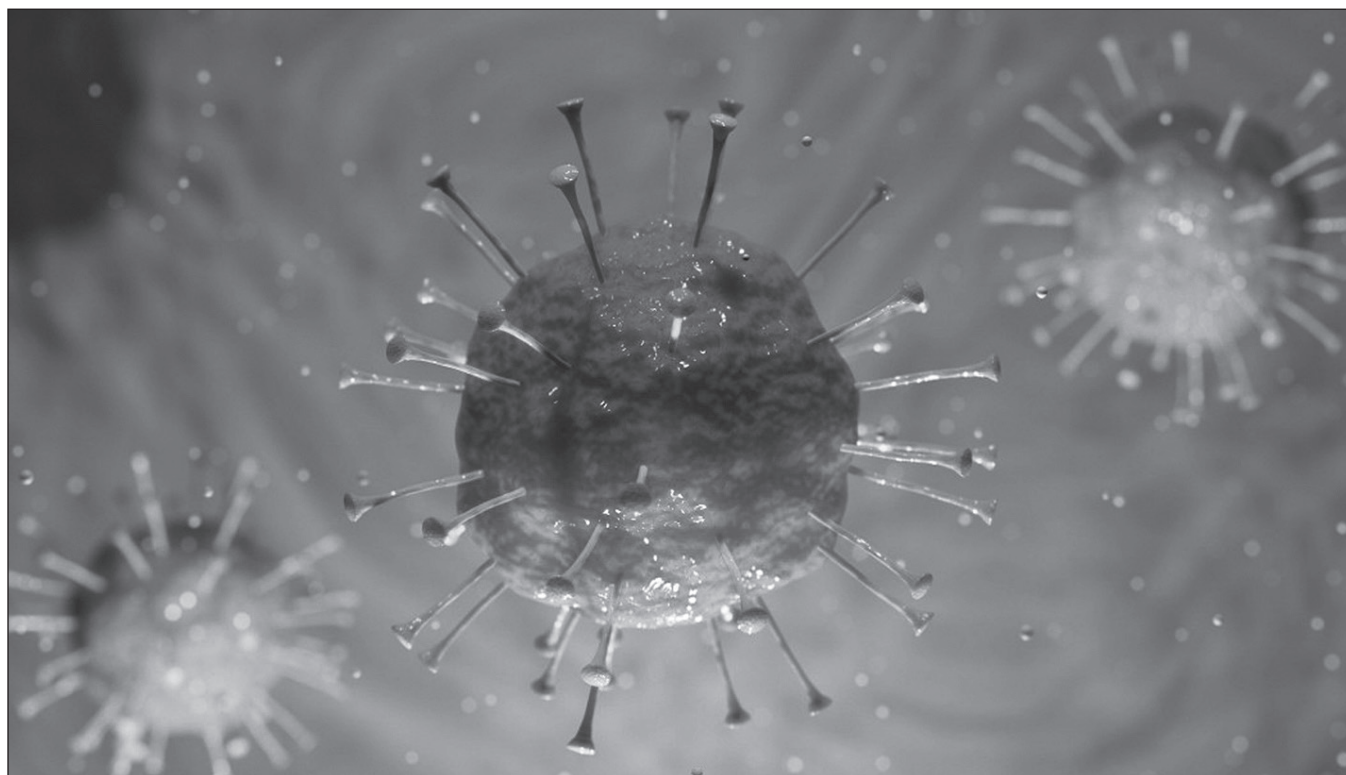
Foto: BAYER

„Wir haben 2019 geliefert und in allen Bereichen unsere Versprechen gehalten“

BAYER-Chef Werner Baumann am 27. Februar 2020 auf der Bilanz-Pressekonferenz des Konzerns

Profite first

BAYER & der Virus



Pandemien wollen nicht so recht ins Profit-Modell von Big Pharma passen. Darum vernachlässigten BAYER & Co. Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sträflich. Das trifft nun die Menschen mit voller Wucht. Die mit dem Ausbruch der Corona-Krise einsetzenden hektischen Aktivitäten können die Zeit nicht aufholen, die der Branche mit ihrer Konzentration auf rendite-trächtige Blockbuster-Medikamente hat verstreichen lassen.

Von Jan Pehrke

„Noch nie haben Pharma-Unternehmen und Forschungseinrichtungen so schnell auf einen neuen Erreger reagiert wie auf das neue Corona-Virus SARS-CoV-2, das die Krankheit Covid-19 hervorruft“, lobt sich der von BAYER gegründete „Verband der forschenden Arzneimittel-Hersteller“ (VFA) mit Verweis auf die vielen Bemühungen zur Entdeckung von Impfstoffen und Arzneien selbst. „Reagiert“ – das trifft es. Proaktive Unternehmungen stehen nämlich nicht zu Buche. Dabei sah das nach dem Auftreten des ersten SARS-CoV-Erregers im Jahr 2002 noch ganz anders aus. Damals brach in Labors ähnlich wie jetzt eine hektische Betriebsamkeit aus. 14

Firmen – von den Großen beteiligte sich nur PFIZER – forschten an Gegenmitteln, wie die Fachzeitschrift *Pharmaceutical & Diagnostic Innovation* 2003 berichtete. Nur hielten sie nicht lange durch. Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hatte, stellten die meisten Unternehmen ihre Aktivitäten wieder ein. Spätestens als es galt, mit einem Wirkstoff-Kandidaten in die Klinischen Prüfungen zu gehen, scheuten sie die fälligen Investitionen. Der Appell der damaligen Direktorin der Weltgesundheitsorganisation WHO, Gro Harlem Brundtland, die Arznei-Entwicklung weiterzutreiben, verhallte ungehört. Brundtland hatte 2003 nach der Eindämmung der

Pandemie vor einer Rückkehr des Erregers gewarnt, deshalb eine Stärkung der öffentlichen Gesundheitssysteme angemahnt und gefordert: „Die SARS-Forschung muss weitergehen“. Die Industrie aber wandte sich lieber lukrativeren Projekten zu. So gibt es bis heute keinen Impfstoff gegen SARS 1, kein Medikament gegen die damit einhergehende Lungen-Krankheit – und keine Grundlagen-Arbeit, welche die Mediziner*innen in Sachen „Sars-CoV-2“ hätten nutzen können. „Hätten wir einen Impfstoff gegen SARS entwickelt, könnten wir heute Covid-19 vielleicht besser verstehen und bald schon behandeln“, so Francesca Colombo von der „Organisation

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD)

Keine Epidemie-Forschung

Mittel für Epidemien zu entwickeln, die vielleicht alle zehn, fünfzehn Jahre mal ausbrechen, vielleicht aber auch nicht, bieten BAYER & Co. kaum Aussicht auf verlässliche Renditen. „Vorsorge ist ein lausiges Geschäftsmodell, wenn es um steigende Margen und Aktien-Kurse geht“, konstatierten Jürgen Kaube und Joachim Müller-Jung jüngst in der FAZ. Der NOVARTIS-Chef Vasant Narasimhan räumte die Schwierigkeiten der Branche mit solchen Phänomenen wie Corona dann auch freimütig ein. „Epidemiologische Kontrolle“ wäre das Gebot der Stunde, auf einen Impfstoff gilt es noch mindestens ein Jahr zu warten, sagte er in einem Interview. Auf die anschließende Frage der Journalistin, ob die Industrie angesichts der Seuchen der letzten Zeit wie SARS 1, der Vogelgrippe oder der Schweinepest nicht einmal etwas anderes tun sollte, als nur zu reagieren, nämlich zu versuchen, dem Virus zuvorzukommen, gab er eine klare Antwort. „Wenn diese Epidemien auftreten, gibt es sehr viel Interesse (...), aber danach verliert sich das Interesse wieder, und die Investoren ziehen sich zurück“, so erklärte Narasimhan in der TV-Sendung die Untätigkeit von Big Pharma auf diesem Sektor.

Diese dokumentiert auch der „Access to Medicine Index“. Die jüngste Ausgabe, die im November 2018 herauskam, verzeichnet bei den 20 größten Arznei-Unternehmen kein einziges Forschungs-

projekt zu den bekannten Corona-Viren MERS und SARS 1. Dementsprechend unterfinanziert sind die Anstrengungen der Infektiolog*innen. Dem australischen Thinktank „Policy Cures Research“ zufolge flossen in den Bereich an Industriegeldern 2016 nicht mehr als 27 Millionen Dollar, 2017 50 Millionen und 2018 36 Millionen. Zum Vergleich: Im Geschäftsjahr 2019 investierte BAYERs Pharma-Sparte – Marketing-Kosten mit eingerechnet – rund 2,7 Milliarden Euro in Forschung & Entwicklung.

Über die Jahre haben immer mehr Firmen das Geschäftsfeld „Infektionskrankheiten“ abgewickelt. Übrig blieben vier große Player, die 80 Prozent des Marktes beherrschen. BAYER hat das Forschungsgebiet gemeinsam mit „Asthma“ und „Urologie“ bereits 2004 aufgegeben und die Sparte 2006 an die SANTOS HOLDING verkauft. Die Abteilung „Atemwegserkrankungen“ schlug der Leverkusener Multi noch früher los. Der Konzern vollzog zu dieser Zeit einen Strategie-Wechsel. Er wollte sich fortan auf viel Gewinn versprechende „High priority“-Projekte wie etwa Krebs-Therapeutika konzentrieren und nicht länger ein umfassendes Arznei-Angebot bereitstellen. Als „Gelübde an den Kapital-Markt“ bezeichnete die *Börsen-Zeitung* damals die Entscheidung.

Aus der Tropenmedizin – lange nur ein Teilgebiet der Infektionskrankheiten, inzwischen aber darüber hinausgehend – hatte sich der Global Player bereits 1987/88 verabschiedet. Hier konnte er Anfang des 20. Jahrhunderts einige Erfolge dabei erzielen, pharmakologischen



Als SARS-Arznei recyclebar? BAYERs Alt-Medikament gegen Malaria

Flankenschutz für die kolonialistischen Bestrebungen des Deutschen Reiches – oder wie BAYER es ausdrückt: „[d]ie kulturelle und wirtschaftliche Erschließung der Tropen“ – zu gewähren. Darum verlieh er seinem 1923 entdeckten Pharmazeutikum gegen die von der Tsetse-Fliege übertragene Schlafkrankheit auch den patriotischen Namen GERMANIN. Und noch zwei weitere Tropen-Arzneien brachte der Pillen-Riese heraus. Er entwickelte das Malaria-Mittel RESOCHIN, dessen Wirkstoff Chloroquin er 1937 zum Patent anmeldete, 33 Jahre später LAMPIT gegen die Chagas-Krankheit und Mitte der 1970er Jahre schließlich gemeinsam mit MERCK BILTRICIDE zur Behandlung der Bilharziose.

Das war es dann aber auch. Ab einem bestimmten Zeitpunkt verwaltete BAYER nur noch die Bestände, obwohl einzelne Präparate wie etwa RESOCHIN an Wirksamkeit einbüßten. „Ein neues Malaria-Mittel wäre ethisch wünschenswert, aber die Aufwendungen sieht eine Firma nie wieder“, bekundete der Leverkusener Multi. *Die Welt am Sonntag* veranlasste das zu



Seit mehr als 40 Jahren bringt die ila kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Wir berichten aus der Perspektive der sozialen Bewegungen und all den anderen Kräften, die für Alternativen zum neoliberalen Modell kämpfen.

Wer mehr über die ila wissen will, kann uns gerne auf unserer Website besuchen.

www.ila-web.de





Berlin im Jahr 2013: Auch BAYERs Agro-Chef Liam Condon lässt sich gern von Bill Gates und der Bundesregierung (hier in Gestalt des ehemaligen Entwicklungshilfe-Ministers Dirk Niebel von der FDP) sponsern

einem bitteren Kommentar: „Die Pharma-Multis arbeiten nur nach ihren Satzungen – also nicht gegen die Geißeln der Menschheit, sondern für die Dividende. In diesem Umfeld sind Medikamente gegen Malaria und Lepra, Tuberkulose und Bilharziose nur Nischenfüller.“ Wie wichtig es dagegen gewesen wäre, die Tropenmedizin weiterzuführen, zeigt sich daran, dass zu den rund 115 derzeit getesteten

Therapien-Ansätzen gegen SARS auch Versuche mit Chloroquin gehören. Ironischerweise verbreitete sich die Nachricht ein paar Monate nachdem das Unternehmen die Substanz aus dem Sortiment genommen hatte. „Grund dafür ist, dass die Herstellung des Arznei-Stoffs Chloroquin-Phosphat nicht mehr in der erforderlichen Qualität erfolgen kann. Die weltweite Suche nach einem alternativen Hersteller

verlief laut Konzern erfolglos, sodass die Produktion zum Stoppen kam“, vermeldete das Web-Portal *Apotheke adhoc* im November 2019. Zuvor war es wegen der Fertigungsprobleme immer wieder zu Lieferengpässen gekommen. Der Leverkusener Multi hatte dann auch mit der „Anschlussverwendung“ von RESOCHIN gar nichts mehr zu tun. Erste Forschungen mit dem Tuberkulose-Präparat als Antidot zum ersten SARS-Erreger unternahm holländische Virolog*innen im Jahr 2004, Arbeiten zur Anwendung bei SARS-CoV-2 gab es jüngst in China. Diese bescheinigten dem BAYER-Mittel bei In-vitro-Versuchen „einen gewissen pharmakologischen Effekt“. Ein Test mit 100 Proband*innen schien das zu bestätigen, allerdings fand die Arznei-Prüfung wie auch eine weitere in Frankreich nicht unter den sonst üblichen strengen Bedingungen statt. Der Tübinger Tropenmediziner Peter Kreamer, der das Mittel gerade in einer allen wissenschaftlichen Anforderungen genügenden Doppelblind-Studie untersucht, warnt deshalb vor einer voreiligen Verwendung. „Wenn ich an Covid-19 erkrankt wäre, würde ich es (...) nicht einnehmen“, sagt er mit Verweis auf die Nebenwirkungen und Todesfälle nach

BAYER-Aktien: Stimmen Sie mit Nein!

www.cbgnetwork.org/stimmrechte

Übernehmen Sie Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt, wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben. Übertragen Sie die Stimmrechte an die Kritischen BAYER-Aktionär*innen. Noch vor der HV am 28. April.



Online oder ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.
- Ja, ich sende €
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr
Bitte abbuchen halbjährlich jährlich

Für Abo und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Vorname	Name
_____ _____ _____	_____ _____ _____
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
_____ _____ _____	_____ _____ _____
eMail	
_____ _____ _____	
IBAN	Datum, Unterschrift
_____ _____ _____	_____ _____ _____

Hinweis: Wir sind ein Team, das sich für die Rechte von Verbraucher*innen einsetzt. Wir nutzen sie ausschließlich zur Klärung der Zusammenhänge mit Ihnen. Die den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen entsprechenden Regelungen finden Sie auf unserer Homepage www.cbgnetwork.org. Die Erstattung des belasteten Betrages erfolgt ausschließlich über die Bank für Sozialleistungen (BSL) mit dem Bankleitzahlendatum, die Erstattung des belasteten Betrages verweigern. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Kontaktieren Sie mich unter info@cbgnetzwerk.org.

Überdosierungen. Und tatsächlich starb in den USA bereits ein Mann an Chloroquin. Der Pillen-Riese aber nutzte die Wiederauferstehung seines just entsorgten Alt-Medikamentes für eine PR-Kampagne und spendete in den USA gleich mal drei Millionen Tabletten – wo immer er diese in der erforderlichen Qualität auf einmal auch hergeholt haben mochte.

Bill Gates als Ausputzer

Tropenmedizin betrieb der Konzern nur noch, wenn er auf öffentliche Unterstützung bauen konnte. So forschte er mit Geldern der „Bill & Melinda Gates Foundation“ (BMGS) an einem neuen Malaria-Medikament. Und NOVARTIS-Chef Narasimhan weiß auf die Frage: „Wie sorgen Sie für ein ausreichendes Investment, wenn das Interesse an Pandemien (...) nachlässt?“, auch nur die eine Antwort: Bill Gates. Er verweist auf die von dem Multi-Millionär mitgegründete „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI), die auch Zuwendungen der Bundesregierung erhält. CEPI fördert momentan unter anderem die Tübinger Firma CURVAC und das Impfstoff-„Joint Venture“ des staatlichen US-amerikanischen „Instituts für Allergien und Infektionskrank-

heiten“ (NIAID) mit dem Biotech-Betrieb MODERNA.

„Das Corona-Virus scheint zu der langen Liste von Gesundheitsproblemen zu stoßen, denen die Industrie den Rücken zukehrt, es sei denn, es gibt zusätzliche Anreize von außen“, resümiert Ellen 't Hoen von der Nichtregierungsorganisation MEDICINES LAW AND POLICY. Selbst wenn die Millionen dann bereitstehen, zieren sich die Firmen noch und besitzen die Unverschämtheit, die Annahme der Schecks an Bedingungen zu knüpfen. So bestanden sie CEPI gegenüber auf Profit-Garantien und Patent-Ansprüchen. ÄRZTE OHNE GRENZEN musste deshalb schon einen eindringlichen Appell an die Institution richten, zu den mit öffentlichen Mitteln geförderten Forschungen auch einen öffentlichen Zugang zu gewähren. Und nicht genug damit, dass die Unternehmen selbst mit leeren Händen dastehen, was SARS-CoV-2 betrifft. Sie scheuen sich nicht einmal, bei der Weiterentwicklung hoffnungsvoller Arznei-Kandidaten ihre Mithilfe zu verweigern. Als NIAID-Direktor Anthony Fauci, mit der Bitte an die Pharma-Multis herantrat, ihre Fertigungskapazitäten zur Verfügung zu stellen, um das von dem Institut gemeinsam mit

MODERNA kreierte Vakzin für die anstehenden Klinischen Tests in ausreichender Menge zu produzieren, erhielt er nur Absagen. Es ist „sehr frustrierend“, gab Fauci anschließend zu Protokoll.

Die CEPI und die „Bill & Melinda Gates Foundation“ sehen die Pillen-Industrie nicht unbedingt in einem besseren Licht. „Und man kann argumentieren, dass es auf dem Gebiet der Pandemie-Bereitschaft ein massives Marktversagen gibt“, sagt etwa BMGF-Vorstandschef Mark Suzman. Trotzdem kommt ihm kein kritisches Wort zum Gebaren der Branche über die Lippen. Er versteht die Foundation ganz diplomatisch als „Brückenbauer“ zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, welche die Multis mit Millionen-Zuschüssen dazu verleiten will, nicht nur „in das nächste VIAGRA“ zu investieren. Nur übernimmt die Gates-Stiftung auf diese Weise faktisch die Funktion eines Ausputzers, die mit ihrer Politik dafür sorgt, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Es müsste hier aber zu einschneidenden Veränderungen kommen, denn die Dysfunktionalität des Arznei-Business' hat sich schon vor Corona erwiesen und zeigt sich nicht nur an seiner Vorliebe für gewinnbringende Lifestyle-Präparate.



**graswurzel
revolution**

**GWR-Aktionsblatt
Frühjahr 2020**

Kostenlos bestellen: abo@graswurzel.net
Mindestabnahme: 50 Stück

Dysfunktionales System

BAYER bietet da ein gutes Beispiel. Die pharmazeutische Grundlagen-Forschung hatte der Konzern schon lange vor der Mitte der 2000er Jahre verkündeten „High priority“-Strategie ad acta gelegt. Und der mit deren Implementierung vollzogenen Kehrtwende fielen längst nicht nur die Anti-Infektiva zum Opfer. Auch die Suche nach neuen Antibiotika gab der Pillen-Produzent auf, trotz der immer häufiger auftretenden Resistenzen von Krankheitserregern gegen die alten Mittel. Präparate, welche die Menschen nur über einen bestimmten Zeitraum einnehmen dürfen, rechnen sich eben nicht. „Wir müssen Geld verdienen mit unseren Produkten. Das führt dazu, dass nicht alle Medikamente entwickelt werden, die wir brauchen“, mit diesen Worten umriss der ehemalige Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers einmal die politische Ökonomie des Medikamenten-Geschäfts. Um dieser zu entsprechen, entwickelt der Global Player statt dringend benötigter Mittel jede Menge Pharmazeutika, die niemand braucht. Er schafft es sogar, Krankheiten zu erfinden wie die „Wechseljahre des Mannes“, wenn es gilt, neue Absatzmärkte zu schaffen. VIAGRA hat das Unternehmen natürlich auch im Angebot, in der Leverkusener Ausführung heißt es LEVITRA. Und anstatt sich den großen Menschheitsplagen zu widmen, kapriziert sich die Aktien-Gesellschaft auf seltene Krankheiten, locken hier doch laxere Zulassungsbedingungen und einträgliche Gewinne. Selbst die zunächst einmal sinnvoll erscheinende Aktivität auf dem Gebiet der Tumor-Behandlung erweist sich bei näherer Betrachtung als fragwürdig. So verlängert das Krebs-Mittel NEXAVAR das Leben der Patient*innen bloß um rund zwölf Wochen, schlägt aber

pro Monat mit über 5.000 Euro zu Buche. Und es geht noch teurer: Das Onkologie-Therapeutikum VITRAKVI kostet in den USA 32.800 Dollar. Zudem betrifft die Dysfunktionalität nicht nur die Produkte, sondern auch die Produktion. Wie andere Hersteller auch, fertigt der Konzern viele Inhalts- oder Grundstoffe für seine Medikamente nicht mehr selber, sondern kauft sie auf dem Weltmarkt ein, vor allem in China und Indien. Diese beiden Länder sind die ersten Glieder der globalen Lieferketten von Big Pharma, allerdings sehr fragile Glieder, weil sich die Fertigung auf immer weniger Anbieter konzentriert. Deshalb kommt es immer wieder zu Lieferengpässen. Davon war bei BAYER längst nicht nur RESOCHIN betroffen. Das die Gehirn-Durchblutung fördernde Produkt NIMOTOP, das Krebs-Präparat XOFIGO, das Herz/Kreislauf-Pharmazeutikum ADALAT, der Blutdruck-Senker BAYOTENSIN, das Kontrastmittel ULTRAVIST, das unter anderem bei der Akut-Behandlung von Herzinfarkten zum Einsatz kommende ASPIRIN i. v. 500 mg sowie die Johanniskraut-Arznei LAIF zur Behandlung milder Depressionen fehlten in den Apotheken ebenfalls schon. Insgesamt traten im vergangenen Jahr bei insgesamt ca. 270 Medikamenten Lieferengpässe auf; 2020 dürften es wegen der Corona-Krise deutlich über 300 werden, den in Wuhan dem Epizentrum der Pandemie, finden sich viele Arzneifabriken. Alles in allem unterwerfen die Firmen das Gesundheitssystem knallhart dem Diktat des Profits. Die Kranken haben Glück, wenn sie an einer Krankheit leiden, deren Behandlung Renditen abwirft, wenn nicht, stehen sie auf dem Schlauch. Auch müssen die Patient*innen sich auf Gedeih und Verderb in die Abhängigkeit von den weltweiten Pharma-Lieferketten begeben und

bei Lieferengpässen Gesundheitsstörungen oder Schlimmeres riskieren, nur weil die Globalisierung der Produktion sich für BAYER & Co. rechnet. Diese ganzen Missstände führt auch die FAZ in ihrem Artikel „Ein Patient ist kein Kunde“ auf und stellt dann die V-Frage, die das British Medical Journal ebenfalls schon aufgeworfen hatte: „Ist es an der Zeit, die Pharma-Industrie zu verstaatlichen?“ Die FAZ-Autoren Jürgen Kaube und Joachim Müller-Jung beantworten sie angesichts des offensichtlichen Markt-Versagens durchaus positiv. „Wenn das, was sich als entscheidend erweist, um die Freiheit des öffentlichen und privaten Lebens zu schützen, von Firmen allein nicht bereitgestellt wird, sind – mit einem freundlichen Ausdruck – ‚Public Private Partnerships‘ ohne Alternative“, schreiben sie. Unfreundlichere Ausdrücke verwenden und von „Verstaatlichung“ oder „Gesundheitssozialismus“ sprechen, wollen die beiden nicht. Aber sie fordern schon „eine stärkere Intervention in die pharmazeutische Grundsicherung, die nicht einfach dem Gewinn-Kalkül überlassen werden sollte, so als sei dieses Kalkül die mit immer demselben Zitat von Adam Smith belegbare Lösung aller Probleme“. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN braucht in ihrer Wortwahl hingegen keine Vorsicht walten zu lassen. Für sie hat die Corona-Krise einmal mehr demonstriert, wie lebensgefährlich die Pillen-Riesen agieren, wenn sie aus Profit-Gründen wichtige Forschungen unterlassen, Arzneien für immer weniger Krankheiten vorhalten, abstruse Lifestyle-Präparate entwickeln und noch nicht einmal für eine reibungslose Lieferung sorgen können. Darum fordert die CBG, dass BAYER & Co. unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden müssen. ◀

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 2,70 Porto in Briefmarken an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

Nord-Ost (MV, BB, HH, SH)
 Nord-West Jubiläumsausgabe

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
 Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya f. CBG 26.11.19

seite zwölf

www.CBGnetwork.org

STICHWORT BAYER

Das konzernkritische Magazin.
Informiert. Deckt auf. Macht Mut. Bewegt.

JETZT ABONNIEREN!



www.stichwort-bayer.de/abo

STICHWORT BAYER

- Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich €
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beiträge helfen)
- Ich möchte SWB-Ausgaben verteilen, meldet euch bei mir
- Ich trete dem SWB-Förderkreis bei mit (mind. 60 €/Jahr) €
- Ich spende an den SWB-Förderkreis €

Antwort

Stichwort Bayer
Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Vorname	Name
Strasse, Hausnr.	PLZ, Ort
eMail	Geldinstitut
IBAN	Datum, Unterschrift

Ich ermächtige die Coordination gegen BAYER-Geldföhen (CBG), Zahlungen von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weisse ich mein Kreditinstitut an, sie von der CBG auf mein Konto gezogene Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

OVG weist die Hauptversammlungsklage der CBG ab

Im Namen BAYERs



Festung BAYER: Die Hauptversammlung im Jahr 2017

Das Oberverwaltungsgericht Münster sah in den Maßnahmen, die der BAYER-Konzern bei der Hauptversammlung im Jahr 2017 zur Abwehr der Proteste gegen den MONSANTO-Deal traf, keinen Verstoß gegen das Versammlungsrecht. Am 04. Februar 2020 wies der 15. Senat des OVG die Berufungsklage der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ab.

Von Axel Köhler-Schnura

BAYER sucht immer nach Mittel und Wegen, sich vor Konzern-Kritik zu wappnen. Während alle anderen DAX-Unternehmen wegen der Corona-Pandemie verschieben, plant das Unternehmen, das Aktionär*innen-Treffen online abzuhalten, um sich vor den zu erwartenden Protesten ins Virtuelle flüchten zu können. Im Jahr 2017, als die erste HV *nach* MONSANTO anstand und entsprechend turbulent zu werden drohte, wartete der Global Player mit einem anderen Manöver auf. Da verlegte er den seit Jahrzehnten angestammten Ort der Versammlung kurzfristig

von den Köln-Deutzer Messehallen in das „World Conference Center Bonn“ (WCCB). Dieses städtische Kongress-Zentrum bot nämlich beste Voraussetzungen dafür, die HV zu einer veritablen Festung umzurüsten. Anders lässt sich nicht erklären, dass BAYER vor dem Eingang nicht nur ein riesiges Zelt aufbaute, sondern auch die vom WCCB standardmäßig vorgesehenen technischen Vorrichtungen zur Errichtung eines übermannshohen Zauns nutzte, obwohl die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) auf dem WCCB-Vorplatz bereits lange vorher eine Protestkund-

gebung angemeldet hatte. Diese sollte nach dem polizeilichen Bescheid jetzt weitab vom Geschehen etwa 300 Meter Luftlinie entfernt stattfinden. Die drohende Terror-Gefahr erfordere umfangreiche Sicherheitschecks, und diese seien innerhalb des Gebäudes nicht durchführbar, lautete die Begründung. Ohne das Sicherheitskonzept BAYERs in Augenschein genommen und geprüft zu haben oder sich gar zu einer eigenen Einschätzung der Gefährdungslage angehalten zu sehen, spielten die Stadt Bonn und die Polizei dieses antidemokratische Konzernspiel

mit und unterstellten das versammlungsrechtlich korrekt beantragte Areal der Verfügungsgewalt BAYERS. Damit nicht genug, erteilte die Versammlungsbehörde noch weitere Auflagen. Sie verbot Trecker und andere Gerätschaften auf dem Gelände und bestimmte sogar noch, in welcher Richtung die Lautsprecher zu stehen hatten – auf keinen Fall nämlich in derjenigen der Aktionär*innen. Entsprechend harsch kommentierte die taz: „Jeder Konzern kann sich künftig auf eine drohende Terror-Gefahr berufen, um missliebige Demonstrationen zu verhindern.“

Mittels verschiedener Eilverfahren gegen die Stadt Bonn und die Polizei gelang es der CBG jedoch ein paar Tage vor der Hauptversammlung, die meisten der Auflagen zu kippen und den Versammlungsort wieder ein Stück weit näher zum WCCB zu rücken. Doch das Zelt und die weiträumige Abgitterung blieben. Weil die Coordination fürchtete, das BAYER-Beispiel könnte Schule machen und anderen Unternehmen eine Handhabe für ähnliche Aktionen liefern, ging sie nach Abschluss der Eilverfahren gegen die ergangenen Urteile vor. Mit Feststellungsklagen erwirkte die CBG eine Überprüfung der Richter*innen-Sprüche. Aber das Kölner Verwaltungsgericht bestätigte diese am 29. November 2018. Daraufhin zog die CBG vor das Obergerverwaltungsgericht in Münster, das die damaligen Entscheidungen jedoch ebenfalls guthieß. In dem Verfahren der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gegen „das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Polizeipräsidium Bonn“ kam es zu der Bewertung, die zur Hauptversammlung veranlassten Maßnahmen hätten die CBG-Kundgebung vor

Das Urteil des Obergerverwaltungsgerichts ist ein Schlag gegen die Versammlungsfreiheit

dem WCCB „nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt“. Den Grund für diese Beeinträchtigungen hatte der BAYER-Konzern mit seinen Terror-Fantasien geliefert, welche die Stadt Bonn und die Polizei unbesehen für bare Münze nahmen. Das Obergerverwaltungsgericht störte sich jedoch nicht daran. „Dass der Beklagte (d. i. das Land NRW, vertreten durch die Polizei Bonn, Anm. SWB) die Grundlage für seine Gefahren-Prognose auch aus Gesprächen mit der Beigeladenen (d. i. BAYER, Anm. SWB) als Ausrichterin der Hauptversammlung gewonnen hat, ist nicht zu beanstanden. Die Versammlungsbehörde kann wie jede Verwaltungsbehörde ihre Erkenntnis-Grundlage auch durch die Angaben der an einem Verwaltungsverfahren Beteiligten (...) schaffen und verbreitern“, heißt es in dem Urteil. Aber so breit, BAYERS Sicherheitskonzept selbst zu sichten, musste die Erkenntnis-



Grundlage dann für das Gericht wiederum auch nicht sein: „Um zu der Bewertung der Konflikt-Lage zu gelangen, benötigte der Beklagte keine weitergehenden Kenntnisse der Einzelheiten des Sicherheitskonzepts der Beigeladenen.“ Und das Gericht folgerichtig ebenfalls nicht: „Aus diesem Grund war auch der Senat nicht gehalten, die Beigeladene zur Vorlage zusätzlicher Unterlagen aus dem Sicherheitskonzept aufzufordern.“ Dem Senat reichten da schon die im Laufe der juristischen Auseinandersetzung zu Protokoll gegebenen Rechtfertigungen für die Errichtung des kapitalistischen Schutzwalls zur Abschirmung des Konferenz-Zentrums. Und diese trugen nicht etwa die Jurist*innen der Stadt Bonn und/oder der Polizei vor. Auch hier hieß es wieder „Privat vor Staat“: Den Rechtsschutz für die Beklagten stellte die von BAYER angeheuerte Kanzlei REDEKER SELLNER DAHS. Die Verteidiger*innen hatten zur Legitimation der WCCB-Verbarrikadierung unter anderem auf das Attentat im Brüsseler Flughafen vom 22. März 2016 mit 35 Toten

Grundlage dann für das Gericht wiederum auch nicht sein: „Um zu der Bewertung der Konflikt-Lage zu gelangen, benötigte der Beklagte keine weitergehenden Kenntnisse der Einzelheiten des Sicherheitskonzepts der Beigeladenen.“ Und das Gericht folgerichtig ebenfalls nicht: „Aus diesem Grund war auch der Senat nicht gehalten, die Beigeladene zur Vorlage zusätzlicher Unterlagen aus dem Sicherheitskonzept aufzufordern.“ Dem Senat reichten da schon die im Laufe der juristischen Auseinandersetzung zu Protokoll gegebenen Rechtfertigungen für die Errichtung des kapitalistischen Schutzwalls zur Abschirmung des Konferenz-Zentrums. Und diese trugen nicht etwa die Jurist*innen der Stadt Bonn und/oder der Polizei vor. Auch hier hieß es wieder „Privat vor Staat“: Den Rechtsschutz für die Beklagten stellte die von BAYER angeheuerte Kanzlei REDEKER SELLNER DAHS. Die Verteidiger*innen hatten zur Legitimation der WCCB-Verbarrikadierung unter anderem auf das Attentat im Brüsseler Flughafen vom 22. März 2016 mit 35 Toten

Sozialistische Zeitung SoZ. Stopp Männergewalt! DAS GESPRÄCH. SCHWERPUNKT. INNEN. ÖKONOMIE. KAPITAL & ARBEIT. FEUILLETON.

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In den letzten Ausgaben: Internationaler Frauentag · Coronavirus · Nach Hanau: Nazis entwaffnen jetzt! · Was die Tage von Erfurt uns lehren · Was verspricht der Green New Deal? · Ein Besuch in Unverpackt-Läden

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)
Bestellung an: VsP e.V. · Regentenstr.57-59 · 51063 Köln
Telefon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de



Die HV der langen Wege: Zum WCCB (links im Bild) geht es rechts herum in einer langen Schleife durch das weiße Zelt hindurch

verwiesen. Dieses veranlasste die Behörden nämlich damals zu der Empfehlung, Sicherheitschecks außerhalb von Gebäuden durchzuführen. Ein in der Tat gewichtiges Argument, das die OVG-Richter*innen allerdings hätten prüfen sollen, bevor sie es zu den Akten nahmen. Zwar verlegte der Flughafen Brüssel damals seine Kontrollen tatsächlich vor die Terminals, aber kein anderer Airport folgte dem Beispiel. „Die Einführung von Kontrollen vor den Terminals am Flughafen Brüssel ist eine überstürzte Maßnahme unter dem Schock

der Anschläge und unter dem Druck der verängstigten Arbeitnehmer. Das Sicherheitsrisiko wird lediglich vor die Terminals verlagert. Passagiere, die dort in Schlangen stehen, lassen sich deutlich schlechter schützen“, gab etwa Ralph Beisel von der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen“ zu bedenken. Damit nicht genug, „würden (mit einer solchen Verlagerung, Anm. SWB) bestehende Rettungs- und Sicherheitskonzepte sogar beeinträchtigt, etwa die Anfahrtswegen für Krankenwagen, Feuerwehr-Fahrzeuge und

Einsatzwagen der Polizei“, so Beisel. Julian Jäger vom Flughafen Wien pflichtete ihm bei: „Das ist eine Placebo-Maßnahme, die scheinbar die Sicherheit erhöht, den Ort der Gefährdung aber nur verlegt.“ Und keine sieben Wochen nach dem Anschlag ist auch Brüssel wieder zum Status quo ante zurückgekehrt. Das alles focht das Oberverwaltungsgericht nicht an. „Der Beklagte hat im Vorfeld der Versammlung hinreichend konkret dargelegt, dass die Sicherheitsinteressen der Beigeladenen beeinträchtigt würden, wenn die Kläger für die angemeldete Versammlung den gesamten Platz der Vereinten Nationen (...) in Anspruch nehmen könnten“, befand es. Die Richter*innen sahen in der Entscheidung der Versammlungsbehörde „einen angemessenen Ausgleich im Sinne einer praktischen Konkordanz zwischen der Versammlungsfreiheit der Kläger (...) und den „Nutzungs- und Sicherheitsinteressen der Beigeladenen“. Politische Interessen der „Beigeladenen“, die sich bereits im Jahr 2014 einmal – damals noch ganz ohne Verweise auf eine angebliche Terror-Gefahr und schlussendlich auch erfolglos – an einer solchen Abdrängung der Proteste versucht hatte, sah das OVG dagegen nicht am Werk. Auch

Melodie & Rhythmus. Ausgabe 2/2020 Schwerpunktthema: Humor & Satire



Jetzt am Kiosk!



Claus von Wagner: Politikabrett als wirksames Antidot gegen Gedankenfaulheit und Resignation

Lachen von links, Schüsse von rechts! Zur politischen Satire in der Weimarer Republik | **Einstürzende Neubauten:** 40 Jahre unabhängiger Nonkonformismus | **Monty Python:** Das Ministerium der nicht komischen politischen Witze | **Loriots Erfolgsgeheimnis:** Feinsinn statt Holzhammer
FOTOREPORTAGE Tommaso Protti: Moloch Amazonas – Herz der Finsternis des globalisierten Kapitalismus

MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

bezog es in seine Erwägungen nicht ein, dass Zelt und Zaun ursprünglich zu einem ganzen Ensemble von disziplinierenden und einschränkenden Auflagen gehörten, das keineswegs auf Interessensausgleich angelegt war, sondern vielmehr darauf, der Konzern-Kritik ihre Wirkung zu rauben. So kommt CBG-Vorstand Axel Köhler-Schnura im Hinblick auf den Richterspruch zum Schluss: „Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist ein Skandal. Es stellt der Wirtschaft einen Freibrief aus, mit dem bei Veranstaltungen das grundgesetzlich garantierte Versammlungsrecht beschnitten werden kann. Auch öffnet das Urteil der Privatisierung von Risikoanalysen für den öffentlichen Raum, die zwingend in der Zuständigkeit staatlicher Sicherheitsbehörden liegen müssen, Tür und Tor!“ CBG-Anwalt Sven Forst weist indessen auf die juristischen Mängel des Votums hin: „Das Urteil des OVG Münster, mit welchem die Berufung zurückgewiesen wurde, ist rechtlich fehlerhaft. So werden zu geringe Anforderungen an das Vorliegen einer konkreten Gefahr im

Eine solche Rechtsprechung birgt die Gefahr, dass hoheitliches Handeln faktisch mehr und mehr privatisiert wird

Sinne des § 15 VersG gestellt. Außerdem hält es das Gericht für zulässig, dass sich die Versammlungsbehörde (Polizei) bei der von ihr zu treffenden Gefahrenprognose nahezu ausschließlich und ohne Detail-Kenntnisse auf Behauptungen privater Dritter – hier der BAYER AG – stützt. Dies ist nach meiner Auffassung nicht mit dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG vereinbar. Ferner birgt eine solche Rechtsprechung die Gefahr, dass hoheitliches Handeln (hier in Form der Gefahrenprognose) faktisch mehr und mehr privatisiert wird.“ Die Prozesse – die Eilverfahren 2017 und die Feststellungsklagen, die für die CBG noch nicht erledigt sind – kosten viel Mühe, Zeit und Geld. Und erfordern auch Solidarität über die jeweiligen politischen Organisationsinteressen hinaus, geht es doch um grundlegende Anliegen einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Das ist vielen Initiativen nicht immer klar. Deshalb kann es dann zu solchen Situationen kommen wie derjenigen, mit der sich die „No Climate Change“-Demonstration am 11. November 2017 in

Bonn konfrontiert sah. Sie fand aus Anlass der Weltklima-Konferenz der Vereinten Nationen statt und wollte den Klima-Protest natürlich zum Tagungsort „World Conference Center“ tragen. Doch die Polizei erlaubte dort aus Sicherheitsgründen keine Abschluss-Kundgebung. Diese musste schließlich fernab, noch nicht einmal in Sichtweite des WCCB abgehalten werden. Um solchen Einschränkungen des Versammlungsrechts Einhalt zu gebieten, zeigt sich die CBG entschlossen, das unsägliche OVG-Urteil anzufechten. Die Privatisierung von Versammlungsrecht und hoheitlichen Aufgaben darf nicht einfach so hingenommen werden! ←

Der Rechtsstreit im Namen des Versammlungsrechts kostet die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN viel Geld. Wer die CBG dabei unterstützen möchte, kann unter dem Stichwort „HV-Prozess“ einen Betrag spenden.
Spendenkonto EthikBank
IBAN: DE 94 8309 4495 0003 1999 91
BIC: GENO DEF1 ETK

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

Jetzt
6 Wochen
kostenlos
testen!



www.uzshop.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928

BAYER-Vertragslabor quält Tiere und manipuliert Tests

Der LPT-Skandal



Ein verängstigter Beagle in seinem blutverschmierten Zwinger

Zu den Tierversuchslaboren, die immer wieder Aufträge von BAYER erhalten, zählt auch das LABORATORY OF PHARMACOLOGY AND TOXICOLOGY (LPT). Was für verheerende Zustände dort herrschen, enthüllten jetzt Undercover-Researcher der SOKO TIERSCHUTZ. Das LPT betrieb nicht nur systematisch Tier-Quälerei, es fälschte auch Test-Daten zugunsten der Auftraggeber.

Von Jan Pehrke

Auf nicht weniger als 117.995 Tierversuche kam BAYER im Jahr 2019. Darum statteten Tierschützer*innen dem Agro-Riesen Anfang Februar 2020 im Rahmen ihrer bundesweiten Protest-Aktion auch einen Besuch ab. „In diesem Monheimer

Labor werden grausame und sinnlose Versuche an Hunden, Katzen und anderen Tieren gemacht“, kritisierte Anna Pradinja vor dem Haupttor des „Pflanzenschutz“-Zentrums. Ein Unternehmenssprecher hingegen rechtfertigte die Erprobungen

an den lebenden Objekten. Sie würden nicht zuletzt – etwa in Form von Floh- oder Zeckenhalsbändern – den Tieren selbst zugute kommen, so Martin Wans von der Konzern-Sparte „Animal Health“ scheinheilig. Den Vorwurf der Grausamkeit wies

er ebenfalls zurück: „Wir reden nicht von Quälerei, sondern von Belastung.“

Der Global Player belässt es jedoch nicht bei eigenen Studien am „Tier-Modell“, wie es oft beschönigend heißt. Zusätzlich vergibt der Leverkusener Multi nicht zu knapp Aufträge nach außen, wobei er angeblich aber stets alles im Auge behält. „Durch ein etabliertes Verfahren und regelmäßige Kontrollen stellen wir sicher, dass alle unsere Partner-Unternehmen in regelmäßigem Turnus kontrolliert und besichtigt werden“, beteuert der Agro-Riese.

Beim LABORATORY OF PHARMACOLOGY AND TOXICOLOGY (LPT), das für BAYER unter anderem den Risiken und Nebenwirkungen von Pestizid-Wirkstoffen wie Diuron, Propoxycarbazone, Mercaptodimithur, MKH 3586 Oxadiazolinon oder Paecilomyces lilacinus nachging, scheint das allerdings nicht der Fall gewesen zu sein. Entweder hat der Global Player die Firma nie in Augenschein genommen oder aber stillschweigend über die dort herrschenden skandalösen Zustände hinweggesehen. Und die Behörden, die Unternehmen wie LPT eigentlich mindestens alle zwei Jahre gründlich unter die Lupe nehmen müssten, haben ebenfalls nichts bemerkt. Erst die Undercover-Recherchen der Initiative SOKO TIERSCHUTZ erlaubten einen Blick ins Herz der Finsternis. Ein Aktivist hatte in Wallraff-Manier als Mitarbeiter am Laboratory-Standort Mienenbüttel angeheuert und seinen Einsatz auf Videos und Fotos dokumentiert. Er filmte Hunde in blutverschmier-

ten Gehegen und Katzen, die bis zu 13 Mal am Tag Stiche in die Beine erhielten. Die meisten Tiere hielt das Labor in viel zu kleinen Käfigen, was nicht ohne Folgen blieb. Die Affen beispielsweise zeigten deutliche Deprivationserscheinungen. Sie drehten sich ständig im Kreis herum oder liefen aufgeschreckt hin und her. Und wenn die Versuchsobjekte die Test-Substanzen appliziert bekamen, spannten die LPT-Beschäftigten sie in einen Metallsitz ein. Dabei legten sie den Tieren einen Bügel um den Hals, banden ihnen die Beine zusammen und fixierten die Arme an den Lehnen. Es wirkte, als ob die armen Kreaturen auf einem elektrischen Stuhl säßen und auf ihre Hinrichtung warteten. Die bekannte Primaten-Forscherin Jane Goodell fühlte sich hingegen eher an Kreuzigungsszenen erinnert, als ihr die Bilder vorgelegt wurden. „Die Aufnahmen zeigen einige der



19.10.2019: Demonstration am LPT-Standort Mienenbüttel

schlimmsten Misshandlungen, die ich je in Verbindung mit Tierversuchen gesehen habe“, empörte sich die Wissenschaftlerin. Von einer „Hölle auf Erden“ sprach sie und von „dem herzlosesten, inhumansten und brutalsten Verhalten von Menschen gegenüber Primaten, Hunden und Katzen“, das ihr jemals begegnet sei.

Und es blieb nicht bei der Tierquälerei. Das LABORATORY OF PHARMACOLOGY AND TOXICOLOGY führte auch Versuche mit Kaninchen durch, ohne dafür eine Genehmigung der Behörden zu haben. In einem Lagerraum des Katzen-Geheges hielt es die Tiere versteckt, eingepfercht in Käfig-Batterien. Damit nicht genug, fälschte das LPT Studien, um den Auftraggebern die gewünschten Ergebnisse zu liefern. Als ein Affe bei einem Medikamenten-Versuch für eine südkoreanische Pharma-

Firma verstarb, wurde er einfach durch einen anderen ersetzt, sodass die Nebenwirkung „Tod“ in dem Versuchsprotokoll nicht aufzutauchen brauchte.

Die Enthüllungen der SOKO TIERSCHUTZ sorgten für große Empörung. Über 7.000 Menschen strömten am 19. Oktober 2019 nach Mienenbüttel, um gegen das Unternehmen auf die Straße zu gehen und eine Betriebsschließung zu fordern. Und von da an rissen die Proteste nicht mehr ab; auch an den LPT-Standorten Neugraben und Wankendorf gab es Demonstrationen. Die Medien berichteten ausgiebig über diese Aktionen und stellten überdies eigene Recherchen an. Dadurch gelangten immer neue Verfehlungen an die Öffentlichkeit, was wiederum die Kritik anfeuerte. So kam etwa heraus, dass LPT in großem Stil „Fake Science“ betrieb und bei den Tests allzu oft nach der Devise vorging: „Was nicht passt, was passend gemacht.“ Eine Ex-Beschäftigte räumte das in einem Fern-

Auf nicht weniger als 117.995 Tierversuche kam BAYER im Jahr 2019

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio- und Umweltsäden oder für jährlich 25 Euro per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
 Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
 Tel. 030 / 44 33 91-47
 raberalf@grueneliga.de
 www.raberalf.grueneliga-berlin.de



GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen



Unkonventionelles und
Hintergründiges aus der
vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine &
Adressen



Affen, gefesselt zur Infusion

seh-Interview mit dem *NDR* freimütig ein. „Ich habe Dokumente gefälscht. Wenn da Ergebnisse nicht den Erwartungen entsprachen, bin ich angehalten worden, das zu verbessern“, bekannte sie. Eine andere Frau berichtete noch von anderen Methoden. Bei einer Kurzzeit-Studie mit einem Medikament starben diejenigen Ratten, welche die höchste Dosierung bekamen, elendig. Das sollte der Auftraggeber jedoch nicht erfahren. „Um jetzt dem Kunden eine entsprechende Nachricht nicht mitteilen zu müssen, wurde die höchste Dosierung durch eine deutlich niedrigere

„Wir reden nicht von Quälerei, sondern von Belastung“

ersetzt. Die Tiere wurden ausgetauscht und so ein positiveres Ergebnis erzielt“, erläuterte die ehemalige LPT-Angestellte. Ein früherer Kollege schilderte derweil dem TV-Magazin *FAKT*, wie „aus festgestellten Tumoren dann Entzündungen in der Studie“ wurden. Er wollte das nicht mittragen und kündigte. Anschließend meldete er die Vorfälle der Hamburger Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz. Die aber rührte sich nicht.

Und es kam noch dicker. Wie sich herausstellte, machte das LABORATORY OF PHARMACOLOGY AND TOXICO-

LOGY auch Glyphosat-Studien – und zwar nicht irgendwelche. Von den 150 neuen wissenschaftlichen Arbeiten, welche die Europäische Union im Herbst 2017 neben den 280 alten dazu bewegten, die Zulassung von Glyphosat zu verlängern, stammten 24 aus dem Hause LPT. Beauftragt hatte sie alle die Hamburger HELM AG, die Chemikalien von BAYER & Co. vertreibt. „Das bedeutet, dass Tausende Tiere für gefährliche Pestizide grausam sterben mussten und die Sicherheit von Glyphosat für den Menschen maßgeblich an einem Labor hängt, das unter mehrfachem Betrugsverdacht steht“, hält Friedrich Mülln von der SOKO TIERSCHUTZ fest.



institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. **analysen. fakten. argumente.**

Roland Charles Pauli

BOOMSTÄDTE und Schrumpfreionen

Das Auseinanderdriften der Regionen und das Versagen der Regionalpolitik in der Eurozone

Schutzgebühr: 4,00 Euro

ISW REPORT NR.120
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Bei der Euro-Einführung wurde den EWU-Bürgern versprochen, durch beschleunigte wirtschaftliche Integration die Lebensverhältnisse in den Regionen anzugleichen und die ärmeren Regionen aufschließen zu lassen. Hat die EWU dieses Versprechen nun erfüllt oder gebrochen? Wie haben sich die Regionen in der Eurozone entwickelt? Wie wirkt die europäische Wirtschafts- und Währungsintegration auf diese europäischen Regionen und was folgt daraus für die Wirtschafts- und Regionalpolitik in der EWU? Der Autor, Roland Charles Pauli, belegt die regionale Spaltung der Eurozone mit vielen Daten und konkreten Beispielen.

isw-report 120 Febr. 2020 / 44 S. / 4,00 EUR + Versand

außerdem neu bei isw:

Homeoffice: Vom Traum zum Alptraum

Die unterschätzten Gefahren der Telearbeit

isw-wirtschaftsinfo 56 Febr. 2020 / 20 S. / 2,00 EUR + Vers.

Alle isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

isw-wirtschaftsinfo 56
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen und sozialen Lage
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.
Schutzgebühr 2,00 EUR
Februar 2020

Marcus Schwarzbach

**Homeoffice:
Vom Traum zum Alptraum?**
Die unterschätzten Gefahren
der Telearbeit

Das „Bundesinstitut für Risiko-Forschung“ (BfR), das für das EU-Verfahren die vorliegenden Glyphosat-Studien auswerte und so eine Schlüsselstellung in dem ganzen Prozess innehatte, hielt offenbar große Stücke auf das LABORATORY OF PHARMACOLOGY AND TOXICOLOGY. Untersuchungen von Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen kamen beim BfR dagegen viel schlechter weg. Im Gegensatz zu LPT und anderen von der Industrie angeheuertem Firmen arbeiten diese nämlich nicht nach den Grundsätzen der „Guten Labor-Praxis“ (GLP). Die Hochschulen tun das nicht, weil ihre Forschung ganz anders angelegt ist. Sie wollen Neuland betreten, prüfen deshalb bestimmte Hypothesen und wählen daran orientiert die Methoden aus. Routine-Tests nach Schema F wie Untersuchungen von Risiken und Nebenwirkungen bestimmter Chemikalien, die sinnvollerweise bestimmten Regularien entsprechen müssen, finden in solchen Einrichtungen hingegen nur äußerst selten statt. Und nicht zuletzt spielt auch das Geld eine Rolle. Die Universitäten können es sich zumeist schlicht finanziell nicht leisten, den umfassenden GLP-Anforderungen, was Validierung, Do-

Die Affen zeigten deutliche Deprivationserscheinungen. Sie drehten sich ständig im Kreis herum oder liefen aufgeschaut hin und her

kumentation und Qualitätssicherung angeht, zu genügen. Dafür gehören andere, nicht zu den GLP-Vorschriften zählende Kontroll-Mechanismen zu ihrer Praxis wie etwa „Peer Review“-Verfahren, also eine Begutachtung der Arbeiten durch eine externe Instanz.

Im Ergebnis unterscheiden sich die im Auftrag der Industrie angefertigten, GLP-Maßstäben entsprechenden Glyphosat-Studien immens von denjenigen, die Universitäten oder andere Forschungseinrichtungen unternahmen. Das ergab ein von den Initiativen PESTIZID AKTIONS-NETZWERK, CORPORATE EUROPE OBSERVER und GLOBAL 2000 durchgeführter Vergleich. So attestierte der überwiegende Teil der unabhängigen Untersuchungen dem Pestizid eine gentoxische, also erbgutschädigende Wirkung, was deutlich auf eine Krebs-Gefahr hinweist, während das nur eine der 46 GLP-Untersuchungen tat. Aber wegen des GLP-Siegels zog das „Bundesinstitut für Risiko-Bewertung“ zu ihrem Glyphosat-Gutachten nur diese Arbeiten heran.

„Wie wenig gerechtfertigt dieses Vertrauen in den GLP-Standard als Garant für die Zuverlässigkeit und Fälschungssicherheit



von Industrie-Studien in Wirklichkeit ist, brachte nun der aktuelle Betrugsskandal an den LPT-Laboratorien ans Licht“, konstatieren die drei Gruppen. Für sie offenbart der Skandal „das Versagen eines Zulassungssystems, das die Beauftragung und Erstellung der Studien in die Hände der Industrie legt. Zugleich bestätigt er die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform des Systems zur Identifizierung von Risiken von Chemikalien.“ Dazu gibt es nach Ansicht des BfR jedoch keinen Grund. Auch im Hinblick auf Glyphosat besteht für das Bundesinstitut kein Handlungsbedarf: „Das BfR sieht derzeit keinen Anlass, aufgrund der 24 LPT-Studien die Gesamtbewertung zu Glyphosat in Frage zu stellen.“

Ausgabe 2 | 2020

Alternative Kommunal Politik

Ausgabe 2 | 2020
März | April
11 Euro

Fachzeitschrift | 41. Jahrgang

GELD – MACHT – POLITIK

- Kommunale Aufnahme: Aus Seenot gerettet – und dann?
- Bessere Bioabfall-Qualität in Großwohnanlagen
- Kommunale Mängelmelder – Es bleibt holprig für den Radverkehr
- Biotopschutzrecht in Verfahren gegen Tierhaltungsanlagen
- Dossier: Personalentwicklung

AKP

GELD – MACHT – POLITIK

Wie lässt sich Korruption verhindern, wer steckt hinter dem Investor aus China? Neben diesen Fragen behandelt der Schwerpunkt auch die Themen Sparkassen, Gesetze gegen Geldwäsche, Entschuldungsprogramme und den European Green Deal.

Weitere Beiträge:

- Kommunale Aufnahme Geflüchteter: Aus Seenot gerettet – und dann?
- Bessere Bioabfall-Qualität in Großwohnanlagen
- Kommunale Mängelmelder – Es bleibt holprig für den Radverkehr
- Biotopschutzrecht in Verfahren gegen Tierhaltungsanlagen
- Dossier: Personalentwicklung

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand
Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de



BAYER und die HELM AG mochten sich der taz gegenüber nicht zum Fall „LPT“ äußern. Die COORDINATION GEGEN BAYERGEFAHREN (CBG) hatte auch nicht mehr Erfolg. An den Leverkusener Multi wandte sich die CBG gar nicht erst, und von der HELM AG erhielt die Coordination ebenso wenig eine Rückmeldung wie die Berliner Tageszeitung. Die CBG hatte wissen wollen, warum die Firma als bloßer Zwischenhändler die bestimmt nicht billigen Glyphosat-Tests bei dem LABORATORY

OF PHARMACOLOGY AND TOXICOLOGY beauftragt hat und nicht Herstellern wie BAYER oder MONSANTO den Vortritt ließ, bekam jedoch keine Antwort aus Hamburg.


Paradoxerweise verdanken die Grundsätze der „Guten Labor-Praxis“ ihre Entstehung gerade einem riesigen Fälscher-Skandal, der Mitte der 1970er Jahre in den USA aufflog. In deren Mittelpunkt standen die IBT LABORATORYS. Nach ersten Verdachtsmomenten machte der Pathologe Dr. Adrian Gross von der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde FDA eine Stichprobe und wurde gleich fündig. Ihm fielen auf mysteriöse Weise wieder von den Toten auferstandene Ratten und andere Unstimmigkeiten bei einem Test mit dem Arznei-Stoff Naprosyn auf. Das veranlasste die FDA zu einer detaillierteren Überprüfung von IBT. Und damit sich ein veritabler Abgrund auf. Von den 212 Pestizid-Studien beispielsweise schätzten die Expert*innen ganze zehn Prozent als valide ein. Bei den anderen

Chemikalien ergab sich ein ähnlich desaströses Bild.

Die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO war nicht nur ein eifriger Kunde des Labors, sie legte in der Fälscher*innen-Werkstatt auch selbst mit Hand an. Als die Substanz TCC, die MONSANTO als Inhaltsstoff für Deodorants vermarkten wollten, bei der FDA unter den Verdacht geriet, bei Ratten Hoden-Schäden zu verursachen, „lieh“ das Unternehmen kurzerhand seinen Toxikologen Paul Wright an IBT aus, um die Tests zu überwachen. Er übte dann auch Druck auf die IBT-Wissenschaftler*innen aus, negative TCC-Effekte auf die Versuchstiere zu vertuschen, und schrieb – inzwischen wieder zurück bei MONSANTO – entscheidende Teile des TCC-Reports schließlich selber. Die FDA schluckte das damals alles und ließ die gefährliche Chemikalie zu.

„Um jetzt dem Kunden eine entsprechende Nachricht nicht mitteilen zu müssen, wurde die höchste Dosierung durch eine deutlich niedrigere ersetzt. Die Tiere wurden ausgetauscht und so ein positiveres Ergebnis erzielt“

Und auch der Leverkusener Multi profitierte von Wrights zeitweiligem Seitenwechsel. Der Konzern, der in den Verei-



Informativ, knapp und klar:

Ossietzky

**Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1997**

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

nigten Staaten noch bis zum Jahr 1995 unter „CHEMAGRO“ firmieren musste, weil das Land die BAYER-Patente wegen der Mitwirkung des Unternehmens am Ersten Weltkrieg als Feindvermögen beschlagnahmt hatte, nutzte die IBT LABORATORYS ausgiebig und hatte dort unter anderem Zulassungsstudien für die beiden Pestizide NEMACUR und SENCOR in Auftrag gegeben. Im Laufe der Untersuchungen erwiesen diese Produkte sich jedoch als enorm giftig. Zahlreiche Mäuse raffte es dahin. Aber Wright wusste Abhilfe. Er bestellte einfach 1.000 neue Tiere und vertuschte die Todesfälle in den Protokollen der Untersuchungen. Glyphosat geriet ebenfalls in den Strudel des Skandals. Da das Herbizid seine Genehmigung im Jahr 1974 auf der Basis einer IBT-Untersuchung erhalten hatte, wurde die Umweltbehörde EPA misstrauisch und forderte von MONSANTO eine Wiederholung der Tests an. Und was der Agro-Riese da herausfand, ließ sich gar nicht gut an: Die Firmen-Forscher*innen machten bei

Von den 150 neuen wissenschaftlichen Arbeiten, welche die Europäische Union im Herbst 2017 neben den 280 alten dazu bewegten, die Zulassung von Glyphosat zu verlängern, stammten 24 aus dem Hause LPT

den Glyphosat ausgesetzten Versuchstieren ein signifikant erhöhtes Risiko aus, an Nierenkrebs zu erkranken. Die EPA reagierte 1985 und führte das Herbizid fortan als „potenziell krebserregend für Menschen“. Aber der Multi gab sich nicht geschlagen. Er behauptete, seinen Fachleuten seien bei dem Tierversuch Fehler unterlaufen – und kam damit durch: Der Agro-Gigant hatte nämlich beste Beziehungen zur damaligen Regierung unter Ronald Reagan. Aber die Einführung des Standards der „Guten Labor-Praxis“ nach dem IBT-Skandal verhinderte das Frisieren von Studien-Ergebnissen nicht. Das zeigen nicht nur die Vorgänge beim LABORATORY OF PHARMACOLOGY AND TOXICOLOGY. Im Herbst 2019 musste NOVARTIS gegenüber der FDA ein „Problem mit Daten-Manipulation“ bei Tierversuchen mit seinem Gen-Präparat ZOLGENSMA einräumen. Und ein Jahr vorher waren die Trickereien bei einem Dieselabgas-Test aufgefliegen, den VW, DAIMLER und BMW bestellt hatten.

In Sachen „LPT“ reagierten die staatlichen Stellen recht schnell. Das Land Niedersachsen entzog dem Unternehmen für den Standort Mienenbüttel Mitte Dezember 2019 die Betriebserlaubnis, und die „Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz“ (BGV) der Stadt Hamburg machte das Neugrabener Labor im Februar 2020 dicht. „Nach sorgfältiger Prüfung ist aus Sicht der BGV die tierschutz-rechtliche Zuverlässigkeit des Betreibers (...) aufgrund schwerwiegender Verstöße gegen das Tierschutz-Gesetz sowie weiterer Verstöße gegen Dokumentations- und Genehmigungspflichten nicht mehr gegeben“, erklärte die Behörde zur Begründung. Zudem kündigte sie eine politische Initiative an: „Wir werden außerdem darauf drängen, dass das zuständige Bundesministerium die in Deutschland geltenden Regeln zügig an schärferes europäisches Recht anpasst und die EU-Tierschutzrichtlinie umsetzt.“ Und wegen der Manipulationen haben die Staatsanwaltschaften die Ermittlungen aufgenommen. Da wird sich dann erweisen, ob auch das „Schwarzbuch Glyphosat“ ein neues Kapitel erhält. Für das „Schwarzbuch Tierversuche“ stellt sich diese Frage nicht mehr, es hat nach all den Enthüllungen nochmals deutlich an Umfang gewonnen. ←

ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1983 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

c o u p o n

Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich € (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/ Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge helfen).

Nur Abonnent*innen erhalten die Beilage TICKER gratis.

Ich spende zur Stärkung von SWB an den SWB Förderkreis € Ich ermächtige die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Zahlungen von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der CBG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name, Vorname

Straße, Nummer

PLZ, Ort

IBAN

BIC

Geldinstitut

Datum, Unterschrift

Zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf
 Fax: 0211 - 26 11 220
 eMail: info@CBGnetwork.org



Wir gehen mit Ihren Daten verantwortungsbewusst um. Wir nutzen sie ausschließlich zur Erledigung der Zusammenarbeit mit Ihnen. Die den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen entsprechenden Regelungen finden Sie auf unserer Homepage www.cbgnetwork.org/datenschutz

Die Politik der IG FARBEN in der Weimarer Republik

Die Totengräber der Demokratie



Carl Bosch und Carl Duisberg, hier im Kreis ihrer Kollegen vom Aufsichtsrat der IG FARBEN, gehörten beide auch dem „Reichsverband der deutschen Industrie“ an, der ab 1929 zunehmend für autoritäre Politik-Modelle eintrat

*Vor 100 Jahren, am 30. März 1930, übernahm Heinrich Brüning die Regierungsgeschäfte der Weimarer Republik. Mit seiner autoritären Politik, die auf Notverordnungen setzte und dem Parlament so eine Statist*innen-Rolle zuwies, erfüllte er die Forderungen des vom IG-FARBEN-Aufsichtsratschef Carl Duisberg geleiteten „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ – und ebnete dem Faschismus den Weg.*

Von Reiner Zilkenat

Die Großoffensive des deutschen Monopolkapitals gegen die Arbeiterbewegung und die von ihr erkämpften Errungenschaften begann im Jahr 1929. Sie entwickelte sich parallel zur kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, die im Herbst des Jahres begonnen hatte.⁽¹⁾ Welche Ziele sollten realisiert werden?

Erstens sollten die Arbeiter-Organisationen dauerhaft politisch ausgeschaltet

werden. Dabei ging es sowohl um die auf revolutionäre Überwindung des Kapitalismus orientierte KPD als auch um die SPD, die auf Reformen innerhalb der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung setzte, sowie den von ihr dominierten „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“. So wollte die Wirtschaft die vom sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller geführte Regierung durch ein autoritär regierendes

Kabinett ersetzt wissen, das seine Amtsgeschäfte mit Hilfe von Notverordnungen führen sollte.

Zweitens ging es den Exponenten des Monopolkapitals um die rückhaltlose Wiederherstellung des „Herr-im-Hause“-Status'. Sie reklamierten unverblümt die Rolle des Hausherrn in einem Staat für sich, der ihrer Auffassung nach zu viele Kompromisse zu Gunsten der Arbeitenden

eingegangen war. In der Kritik standen u. a. der Acht-Stunden-Arbeitstag, das Tarifvertragswesen und der Rechtsanspruch für Erwerbslose auf Zahlung staatlicher Unterstützung.

Drittens existierte ein grundsätzlicher Konsens innerhalb der deutschen Monopolbourgeoisie darüber, dass langfristig ein zweiter „Griff nach der Weltmacht“ vorbereitet werden müsse. Zunächst galt es, die „Fesseln von Versailles“ abzustreifen, die der Weimarer Republik nur ein 100.000-Mann-Heer gestatteten. Unter größtmöglicher Geheimhaltung traf das Kapital in Konzern-Betrieben, z. B. bei den Borsig-Werken in Berlin, mit Wissen und Unterstützung der Reichsregierung Vorbereitungen für den „Tag X“, an dem die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages ihre Gültigkeit verlieren würden, und rüstete sich für die Produktion moderner Waffen.

Parole „Kapitalbildung“

Um ein solches Programm vorzubereiten, tagte am 20. und 21. September 1929 in Düsseldorf die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI). Hierbei handelte es sich um die mit Abstand einflussreichste Interessenvertretung des deutschen Kapitals, in der die mächtigsten Monopol-Herren des Landes den Ton angaben. Es war „das Gremium der wirklichen Beherrscher Deutschlands“, wie es der kommunistische Reichstagsabgeordnete Theodor Neubauer ausdrückte.(2)

Als Präsident amtierte Carl Duisberg, der Aufsichtsratsvorsitzender der 1925 von

BAYER mitgegründeten IG-FARBEN AG, des größten Chemiekonzerns weltweit. Im Präsidium des RDI saßen u. a. Carl-Friedrich von Siemens, Aufsichtsratsvorsitzender der SIEMENS-HALSKE- und der SIEMENS-SCHUCKERT-WERKE AG; Paul Silverberg, Generaldirektor des RHEINISCHEN BRAUNKOHLENSYNDIKATS, des größten Produzenten von Braunkohle in Europa; Ernst von Borsig, Großindustrieller aus Berlin und zugleich Vorsitzender der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ und Paul Reusch, Vorstandsvorsitzender der GUTEHOFFNUNGSHÜTTE AG. Die wichtigste Aufgabe des RDI bestand darin, eine gemeinsame Strategie der deutschen Großindustrie zu formulieren und durchzusetzen.

Die Tagung des RDI fasste den Beschluss, eine programmatische Denkschrift zu erarbeiten, in der die wichtigsten Ziele des Verbandes gegenüber der Reichsregierung und der Öffentlichkeit dargestellt werden sollten. In welche Richtung die in dieser Denkschrift zu formulierenden Vorschläge weisen sollten, legte in Düsseldorf Prof. Dr. Paul Duden, Vorsitzender des Direktoriums der IG FARBEN, unmissverständlich dar. Er gab die Parole aus, die künftig im Mittelpunkt des RDI-Forderungskatalogs stand: Im Zentrum aller wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Staates, aber auch der Inhalte von Tarifverträgen, habe die Förderung der „Kapitalbildung“ für die Unternehmen zu stehen. Deshalb sei „eine mechanische Tarifierhöhung (...) identisch mit einer Schmälerung der Kapitalbildung“; es könne „der bisherige Weg auf diesem Gebiete der



IG-Vorstand ter Meer als Angeklagter bei den Nürnberger Prozessen

Tariffbildung nicht weiter gegangen werden.“(3) Der Kapitalbildung müsste auch die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik des Staates untergeordnet werden. Um jedes Missverständnis über seine Idealvorstellungen zur Festlegung von Löhnen und Gehältern auszuschließen, ließ Duden am Ende seiner Ausführungen die Katze aus dem Sack: Vorbildlich sei in diesem Zusammenhang die „magna charta del lavoro“ („Große Arbeitsverfassung“) des faschistischen Italien, die Streiks strikt untersagte und jede freie Betätigung von Gewerkschaften verbot!(4)

Aufstieg oder Niedergang?

Wenn auch Ende 1929 noch nicht erkannt werden konnte, welche beispiellosen Dimensionen die mittlerweile aus den USA nach Deutschland übergreifende Welt-

BLÄTTERN & SCROLLEN!

Neue Dekade, neue Website! Lernen Sie jetzt die neuen Seiten der »Blätter« kennen. Mit dem Kombi-Abo – schon ab 69 Euro.

www.blaetter.de

NEU!

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.)

UNSERE LETZTE CHANCE

Der Reader zur Klimakrise

Beiträge von: Naomi Klein, Bill McKibben, Markus Wissen, Julia Fritzsche, Ulrich Brand, Christiane Grefe, Elmar Altvater u.v.a.

Ab sofort im Handel und auf blaetter.de

Bundesarchiv Bild 183-H29788



Reichkanzler Heinrich Brüning (1. Reihe, Mitte) und sein Kabinett

wirtschaftskrise in den kommenden Jahren noch erreichen sollte, so hatte der RDI allerdings begriffen, dass für die von ihm forcierte Kapitaloffensive jetzt günstigere Bedingungen herangereift waren. Angesichts rasch wachsender Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Schwächung der Kampfkraft der Arbeiter-Organis-

sationen waren die Chancen der Großindustriellen gestiegen, ihre politischen und ökonomischen Ziele durchzusetzen. Am 2. Dezember 1979 wurde die Denkschrift des RDI der Öffentlichkeit zugeleitet. Welche wesentlichen Forderungen waren in ihr enthalten? Zunächst postulierte der Verband die „Freimachung“

der deutschen Wirtschaft: „Sie muss verschont bleiben von Experimenten und politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozess hineingetragen werden. Der Aufstieg der Industrie und die Beschaffung von auskömmlichen Arbeitsplätzen für die Bevölkerung und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nur auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und eines frei schaffenden Gewerbes erzielt werden.“ Und weiter: „Staat und Volk haben (...) das größte Interesse an einer arbeitsfreudigen und erfolgsgläubigen Unternehmerschicht. Je tüchtiger und optimistischer sie ist, je mehr Bewegungsfreiheit sie für ihre Arbeit hat, umso größer wird auch die Produktivität der Wirtschaft, ihre soziale Kapazität, umso günstiger werden auch die Lebensbedingungen für die Bevölkerung.“(5)

Weiteren Lohnerhöhungen erteilte der RDI eine klare Absage. Vielmehr könne die Verbesserung der Lebenshaltung für die breite Masse nur „auf dem Wege einer vermehrten Kapitalbildung und einer Wiederherstellung der Rentabilität“(6), d. h. durch den absoluten Vorrang der Mehrung unternehmerischer Profite erreicht werden.

spw

Heft 236
Ausgabe 1 - 2020 | 7,00 Euro

Faschismus 4.0 Was ist neu an der neuen Rechten?

Klaus Busch, Joachim Bischoff, Hajo Funke
Der Rechtspopulismus gefährdet die EU –
ist der European Green Deal eine Alternative?

Ruth Wodak
Die Normalisierung des Rechtspopulismus

Klaus Dörre
Thüringen: Vom Tabubruch zum Ramelow-Comeback und darüber hinaus

Max Reinhardt
Aufstieg von AfD, NPD und NSDAP
Klassische Analyseansätze von Adorno und Kühnl
als Beitrag zur Bekämpfung des Faschismus



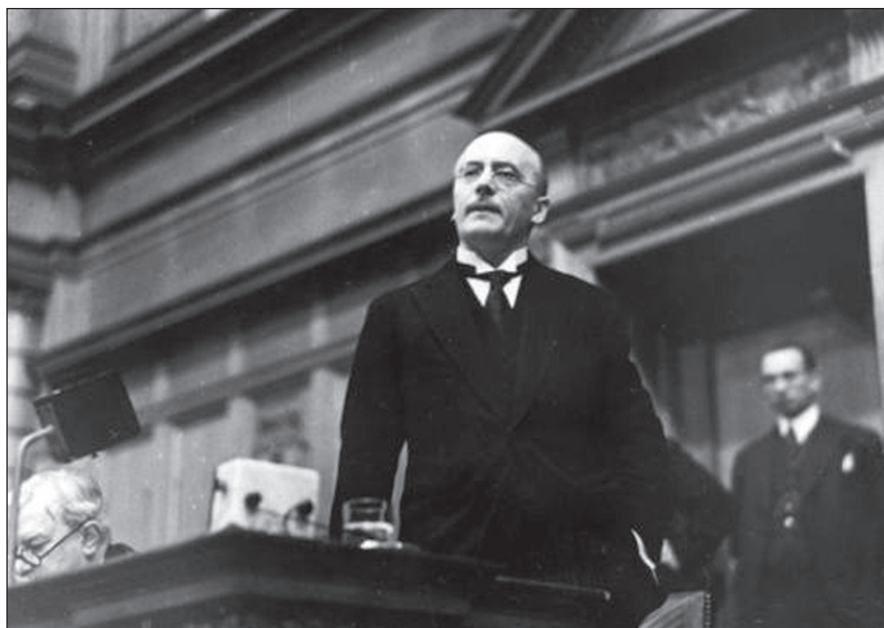
FASCISM

„Die Philosophen
haben die Welt
nur verschieden
interpretiert...“

www.spw.de

Zur Steigerung der Profite forderten Duisberg & Co. weitere Reduzierungen der für Unternehmen relevanten Steuern, diese seien „auf das unumgängliche notwendige Maß zurückzudämmen“. Konkret verlangte die Denkschrift die „sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuer mindestens auf die Hälfte“(7), wobei perspektivisch „ihre vollständige Beseitigung“(8) gefordert wurde, sowie eine gleichartige Reduzierung der Grundvermögenssteuer und die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer auf maximal 25 Prozent.(9) Neue Arten von Steuern müssten eingeführt werden, die besonders die Lohnabhängigen zahlen würden, hieß es zudem. Hierzu zählte vor allem das Projekt einer „Mietsteuer“(10), die alle zur Miete wohnenden Bürgerinnen und Bürger, in Höhe eines festzulegenden Anteils ihrer Mietzahlung, an die Finanzämter abzuführen hätten.(11)

Weiterhin propagierten die Unternehmenslenker die Privatisierung öffentlicher Betriebe. Zur Begründung führten sie fernab jeder realen Erfahrung an: Nur „das freie Unternehmertum“ habe sich „als fähig erwiesen, den schwierigen Markt- und Wirtschaftsverhältnissen der Zeit gerecht zu werden und sich stets dabei auch ver-



Heinrich Brüning

antwortungsvoll gegenüber den sozialen Forderungen des Staates gezeigt.“(12) Ferner sollten vor allem die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen drastisch schrumpfen. „Die Sozialversicherung soll die wirklich Schutzbedürftigen und Notleidenden betreuen, eine unberechtigte, die Volksmoral schädigende Ausnutzung

ihrer Einrichtungen aber verhindern.“(13) Dazu hatte der Aufsichtsratsvorsitzende des DEUTSCHEN KALI-SYNDIKATES, August Rosterg, bereits am 5. Mai 1929 in einem Zeitungsartikel die Melodie vorgegeben, als er behauptete, „die Hälfte aller Kranken sind Simulanten“.(14) Für die Erwerbslosen galt, dass die Zahlungen der

Teste die beste linke, überregionale Tageszeitung.



Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

jungewelt.de/probeabo oder 0 30/53 63 55 84



Promis gegen Profit



Konzerne dürfen maßlos sich entfalten
im Dunklen steh'n die Schwachen
und die Alten.
Für Krankenhäuser fehlen dir Millionen,
doch das Geschäft mit Schwarzgeld
scheint zu lohnen.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein

Lieb Vaterland, Udo Jürgens

„Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ an sie weiter eingeschränkt werden sollten.(15)
Über die Sphäre der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hinaus wiesen die Vorschläge zur „Reform“ des Staates und seiner Organe. Hierzu gehörte besonders die Eliminierung des wichtigsten und ältesten Rechtes eines jeden Parlamentes, nämlich das der Bewilligung und Kontrolle des Staatshaushaltes. In diesem Zusammenhang schrieb der RDI ganz unverblümt: „Der Reichstag muss in der Ausübung seines Rechtes, Ausgaben zu bewilligen, weitgehende Selbstbeschränkung üben. Ohne Zustimmung der Reichsregierung dürfen die Ausgaben nicht erhöht werden.“(16)

Im Schlusskapitel der Denkschrift stand dann der heuchlerische Satz: „Wir sind uns darüber klar, dass eine gründliche Durchführung der Reformen von allen Seiten Opfer verlangt, aber diese Opfer müssen unbedingt gebracht werden, um die Gesamtheit der Wirtschaft und des Volkes vor dem Zusammenbruch zu retten.“(17)

Faschisierungskurs

Eine realistische Einschätzung der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ konnte nur zu dem Ergebnis gelangen, dass der

hier vorgeschlagene ökonomische und politische Kurs nicht im Rahmen einer bürgerlich-parlamentarischen Ordnung realisiert werden konnte. Vielmehr deutete die Gesamtheit der in dieser Denkschrift niedergelegten Forderungen ohne jeden Zweifel in Richtung eines autoritären Regimes. Aus alldem ergab sich: Mit seiner Denkschrift hatte der RDI einen sehr wesentlichen Beitrag zur Installierung einer Variante monopolkapitalistischer Herrschaft geleistet, wie sie das ab dem 30. März 1930 regierende Kabinett unter Heinrich Brüning praktizierte, das seine Amtsgeschäfte mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten führte anstatt mit vom Parlament verabschiedeten Gesetzen. Zugleich legte es ein Programm für die weitere Faschisierung Deutschlands und den forcierten Kampf gegen die Arbeiterbewegung vor. In den darauffolgenden Jahren zeigte sich dann, dass Kapitaloffensive und Faschisierung nichts anderes waren als zwei Seiten einer Medaille.

Doch der Wechsel der Kanzlerschaft von Hermann Müller zu Heinrich Brüning, und im Verlauf des Jahres 1932 zu Franz von Papen und Kurt von Schleicher, genügte den tonangebenden Herren der Industrie nicht. Nachdem die NSDAP einen immer

**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Erhältlich auch in gut sortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression

größer werdenden Massenanhang gewinnen konnte und sie aus den Reichstagswahlen im Juli und November 1932 als stärkste Partei hervorgegangen war (37,3 bzw. 33,1 Prozent der abgegebenen Stimmen), setzten bedeutende Monopolherren und Bankiers endgültig auf Hitler und seine faschistische Bewegung. Einige von ihnen, darunter Fritz Thyssen und Albert Vögler, Aufsichtsratsvorsitzender bzw. Generaldirektor der VEREINIGTEN STAHLWERKE AG, der ehemalige Präsident der Reichsbank Hjalmar Schacht, das Vorstandmitglied der zum FLICK-Konzern gehörenden MITTELDEUTSCHEN STAHLWERKE AG, Otto Steinbrinck, der Aufsichtsratsvorsitzende der COMMERZBANK AG, Franz Heinrich Witthoeft sowie Otto Wolff, einer der weltweit größten Stahlhändler und Großaktionär diverser Großkonzernen, ebneten der faschistischen Partei durch finanzielle Alimentierung und politische Unterstützung den Weg in die Reichskanzlei.(18) Und die IG FARBEN AG? Sie pflegte unter anderem über Heinrich Gattineau, Leiter der Presse- und Volkswirtschaftlichen Abteilung des Konzerns, und Heinrich Bütefisch, Direktor der Leuna-Werke, spätestens seit 1931 Kontakte zu Adolf Hitler persönlich sowie zum Gauleiter der NS-



Der „Reichsverband der deutschen Industrie“ 1927 bei einem Ausflug nach Ostpreußen

DAP in Thüringen, SS-Obergruppenführer Fritz Sauckel.(19) Bei diesen Kontakten ging es vor allem um die zur Führung eines Angriffskrieges notwendige Energie-Autarkie Deutschlands. Hier boten sich die IG FARBEN AG mit ihrem Projekt der Herstellung synthetischen Benzins als Problemlöser an. Das Unternehmen sicherte

Hitler und Heß die unbegrenzte Lieferung von Treibstoffen zu. Im Gegenzug erhielt die Firma nach 1933 Absatz-Garantien für synthetischen Treibstoff und Kautschuk („Buna“). Das dafür notwendige Verfahren der aufwendigen Kohlehydrierung war auf dem Weltmarkt bis dahin nicht konkurrenzfähig und damit eine giganti-

CHE-SHOP.DE

 <div style="background-color: #ccc; padding: 2px; display: inline-block; font-weight: bold;">17,90 Euro</div>	 <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="font-size: small;">1 Tasse: 7,90 Euro</div> <div style="font-size: small;">6 Stück: 42,- Euro</div> </div>	 <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="font-size: small;">1 Glas: 2,00 Euro</div> <div style="font-size: small;">6 Stück: 10,- Euro</div> </div>	 <div style="background-color: #ccc; padding: 2px; display: inline-block; font-weight: bold;">17,90 Euro</div>
<p>T-Shirt „Che“ Hellblau, Bio-Baumwolle (Damen / Herren / Kinder)</p>	<p>Kaffebecher „Che Guevara“ Rot, Inhalt 300 ml</p>	<p>Cocktail-Glas „Havana Club“ Glas, Inhalt 300 ml</p>	<p>T-Shirt „Frieden“ Blau, Bio-Baumwolle (Damen / Herren / Kinder)</p>

che-shop.de
E-Mail: info@che-shop.de
Tel.: 0201 17788923
Fax: - 28

Au weia, BAYER

Einen guten Einblick in die umfassende Einfluss-Arbeit der BAYER-Lobbyist*innen bietet eine Stellenanzeige, mit welcher der Konzern eine Verstärkung für sein Berliner Verbindungsbüro im Feld „Agrar-Politik“ sucht. Zum Aufgabenbereich des „Director Public Affairs - Agricultural Policy (m/w/d)“ gehört der Annonce zufolge beispielsweise die „Positionierung hochrangiger Vertreter und Vertreterinnen des Unternehmens bei politischen Entscheidungsträgern, Meinungsbildnern und Gremien“. Auch die „Beobachtung und frühzeitige Berichterstattung politischer Entwicklungen mit Relevanz für das Agrar-Geschäft des Konzerns und Ergreifung von Maßnahmen für eine frühzeitige Positionierung des Unternehmens im Rahmen politischer Prozesse“ gehört zum Anforderungsprofil. Ein grünes Händchen müssen die Bewerber*innen ebenfalls haben, um BAYER auf der politischen Bühne der Hauptstadt als „nachhaltigkeitsorientiertes Unternehmen“ inszenieren zu können. Und natürlich verlangt der Global Player kommunikative Fähigkeiten, ist doch die „Pfleger und Erweiterung des Netzwerkes zu Stakeholdern im Bereich der Agrar- und Umweltpolitik (...) in allen für Crop Science relevanten politischen Bereichen auf Bundesebene sicherzustellen“ – namentlich zu „hochrangigen Vertretern relevanter Interessensgruppen (Politik, Organisationen der Lebensmittel-Kette, NGO, Wissenschaft usw.)“.

sche Fehlinvestition des Konzerns. Nur durch den „Benzin-Pakt“ konnte es sich schließlich amortisieren. Und umgekehrt taten die Vertreter*innen der IG FARBEN AG alles, um den „Führer“ der NSDAP an die Macht gelangen zu lassen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Als am 5. März 1933 – kurz nach der Machtübergabe an die Nazis – eine vertrauliche Runde von Repräsentant*innen der Monopole mit Adolf Hitler und Hermann Göring im Palais des Reichstagspräsidenten in Berlin tagte, ging es darum, für die bevorstehenden Wahlen Geld für die Kassen der NSDAP einzusammeln. Der IG-Vertreter Georg von Schnitzler, Vorstandsmitglied des Konzerns, zeigte sich von allen anwesenden Industriellen und Bankiers am spendabelsten. Er sagte die Überweisung von 400.000 Reichsmark auf das Konto der faschistischen Partei zu; eine Investition, die sich aus der Sicht des Konzerns rentieren sollte.⁽²⁰⁾ Hitler konnte mit Hilfe des Terrors der SA und SS sowie des Einsatzes des staatlichen Repressionsapparates die Wahlen gewinnen (43,9 Prozent der abgegebenen Stimmen plus 8,3 Prozent für die verbündete Deutschnationale Volkspartei) und mit den ökonomischen, politischen, militärischen und ideologischen Kriegsvorbereitungen beginnen; die Unterstützung des weltweit größten Konzerns der chemischen Industrie war ihm dabei sicher.

Die Denkschrift des RDI vom Dezember 1929 stand am Beginn des Prozesses der Faschisierung in Deutschland. Die maßgeblichen Repräsentanten der IG FARBEN gehörten zu den treibenden Kräften und zu den Begünstigten dieses Prozesses. Am Ende lag Europa in Trümmern. Dass die von den Alliierten als Kriegsverbrecher in Nürnberg („Fall 6“) angeklagten Lenker des Konzerns mit vergleichsweise milden Strafen für ihre an KZ-Häftlingen, in Gefangenschaft geratenen Soldaten

und Sklavenarbeiter*innen verübten Verbrechen davorkamen, war ebenso dem von den USA provozierten Kalten Krieg geschuldet wie der am 31. Januar 1951 verkündete „Gnadenerlass“. Durch diesen Akt des Hohen Kommissars der US-Regierung und Militär-Gouverneurs in Deutschland, John McCloy, erlangten die braunen Manager schon bald ihre Freiheit wieder. Und so konnten Verurteilte wie etwa Fritz ter Meer, Hans Kühne, Heinrich Hörlein oder Wilhelm Rudolf Mann wieder zu BAYER stoßen und dort ihre Karrieren fortsetzen. ◀

Dieser Text ist die erweiterte Fassung eines Artikels, der am 30.11.2019 in der jungen Welt erschien.

Fußnoten

- (1) Siehe zum Folgenden Reiner Zilkenat: Sozialabbau in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33, in: Isaf Grün/Benedikt Hopmann/Reinhold Niernerg, Hrsg.: Gegenmacht statt Ohnmacht. 100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz – Der Kampf um Mitbestimmung, Gemeineigentum und Demokratisierung, Hamburg 2020 (VSA-Verlag), S.65ff.
- (2) Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 4. Wahlperiode, 1928/1930, 115. Sitzung, 13. Dezember 1929, Seite 3544B, (Band 426 der Gesamtreihe).
- (3) Mitgliederversammlung des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ am 20. und 21. September 1929 in Düsseldorf, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des RDI, Nr.48), S.49.
- (4) Siehe ebenda.
- (5) Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des RDI, Nr.49), S.7f.
- (6) Ebenda, S.8.
- (7) Ebenda, S.14.
- (8) Ebenda, S.35.
- (9) Ebenda, S.56.
- (10) Ebenda, S.15.
- (11) Ebenda, S.39.
- (12) Ebenda, S.21.
- (13) Ebenda, S.12.
- (14) August Rosterg: Drehpunkte der deutschen Wirtschaftspolitik, in: *Deutsche Bergwerks-Zeitung*, Nr.105, 5.5.1929.
- (15) Siehe Aufstieg oder Niedergang, S.28f.
- (16) Ebenda, S.14.
- (17) Ebenda, S.45.
- (18) Siehe Reiner Zilkenat: Das deutsche Großkapital, der Keppler-Kreis und die NSDAP: Eine unentbehrliche Vorgeschichte des 30. Januar 1933, in: *Rundbrief*, hrsg. von der AG Antifaschismus beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Heft 3-4/2012, S.4ff.; erweiterte Fassung in: <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/bilder/keppler-kreis.pdf> (letzter Abruf: 14.2.2020)
- (19) Siehe derselbe: „Gefangene Hitlers“. Ende November 1945 wurden 23 Manager der IG FARBEN verhaftet, in: *junge Welt*, 2.12.2015, S.12/13.
- (20) Siehe James Borkin: Die unheilige Allianz der I.G. FARBEN. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt a. M. u. New York 1979, S. 59 u. Helmuth Tammen: Die I.G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT. (1925-1933). Ein Chemie-konzern in der Weimarer Republik, Berlin 1978, S.284 u. 431f.

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 31. Jahrgang, Nr. 121, März 2020, 224 Seiten

Strategiedebatten

Z-Redaktion – „Kontrollverlust“, Krisenfelder und Strategiedebatten / Reusch – Klimakrise, Widersprüche, schwache Akteure / Deppe – Brexit schlägt Sozialismus / Klein – Diskurs und linke Strategie / Goldberg – Entzauberung des Privateigentums / Schramm – Radikal bis neoliberal – Green New Deal / Sadowsky – IG Metall-Diskussion / Kaindl – Ein Blick auf DIE LINKE

Lateinamerika: Boris – Aufruhr in Lateinamerika / Musacchio – Argentinien in der Krise

Marx-Engels-Forschung: Vollgraf – Leere Haushaltskasse

und ausgelagte Böden – MEGA IV/18 / Quaas – Abschreibung in der ökonomischen Theorie von Marx und: Hervé – Flora Tristan – feministische Sozialistin / Friedmann – März 1920: Gegen Lüttwitz, Kapp und Co. **Sowie:** Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbe.

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: PF 700 346, 60397 Ffm, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

Gen-Pflanzen: Die EU bewertet Glyphosat-Rückstände falsch

Das Sicherheitsrisiko



Die EU prüft die Risiken von Pflanzen, die BAYER & Co. mittels Gentechnik resistent gegenüber dem umstrittenen Pestizid Glyphosat gemacht haben, nicht ausreichend. Zu diesem Ergebnis kam das Forschungsprojekt „Rages“ der Initiativen TESTBIOTECH, ENSSER, CRITICAL SCIENTISTS SWITZERLAND und GENE WATCH UK.

Von Christoph Then (TESTBIOTECH)

In der EU sind bereits 65 gentechnisch veränderte Pflanzen für den Import und die Nutzung als Lebens- und Futtermittel zugelassen, die gegen Herbizide und hier besonders Glyphosat resistent gemacht sind. Erst Ende November 2019 erteilte die frühere EU-Kommission vier neue Genehmigungen für Importe von gentechnisch veränderten, herbizid-resistenten Pflanzen. Das EU-Parlament hatte in den letzten Jahren immer wieder höhere Standards bei der Risikoprüfung gefordert. Ähnliche Kritik äußern die Expert*innen verschiedener Mitgliedsländer ebenso wie TESTBIOTECH. Trotzdem winkte die EU-Kommission bisher fast alle Anträge auf Import-Zulassungen durch. Jetzt publizierte Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes RAGES (Risikoabschätzung von gentechnisch veränderten Organismen in der EU und der Schweiz) demonstrieren, wie berechtigt die Bedenken gegen diese Genehmigungen sind. Die Publikation zeigt, dass bei den Feldversuchen, die mit den Gentechnik-Pflan-

zen im Rahmen der Zulassungsanträge durchgeführt werden, wesentlich weniger Spritzmittel zum Einsatz kamen, als in der landwirtschaftlichen Praxis tatsächlich zu erwarten ist. Der Hintergrund: Weil sich die Unkräuter an den Gebrauch von Glyphosat angepasst haben, muss beispielsweise gentechnisch veränderte Soja beim Anbau meist mehrfach gespritzt werden. Die dabei ausgebrachte Menge entspricht durchschnittlich drei bis vier Kilogramm Glyphosat pro Hektar, nicht selten geht noch wesentlich mehr auf die Felder nieder. Dagegen werden die Pflanzen bei Feldversuchen von MONSANTO/BAYER oft nur einmal behandelt, und das häufig bloß mit rund einem Viertel der sonst üblichen Glyphosat-Menge.

Die Folge: Die Pflanzen, welche die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) bewertet, repräsentieren nicht die Ernte-Produkte, die tatsächlich in den Import gehen. Das heißt, dass auch die Ergebnisse der Risikoprüfung nicht ausreichend belastbar sind. Und das betrifft nicht nur die Höhe

der Herbizid-Rückstände, sondern auch die Zusammensetzung der Inhaltsstoffe der Pflanzen insgesamt sowie mögliche Wechselwirkungen, die beim Verzehr der Produkte gesundheitliche Auswirkungen haben können.

Bedenklich sind die Befunde zudem deswegen, weil auch die Pestizidexpert*innen der EFSA im Rahmen der Wirkstoff-Zulassung bereits mehrfach festgestellt haben, dass die derzeit vorliegenden Daten nicht ausreichen, um die gesundheitlichen Risiken der Glyphosat-Rückstände in gentechnisch veränderten Pflanzen zu bewerten. Das Problem ist erheblich: Eine weitere wissenschaftliche Publikation, die im Umfeld von RAGES entstanden ist, zeigt, wieviel Glyphosat zusammen mit der Ernte von Gentechnik-Pflanzen in die globale Nahrungsmittel-Produktion geraten kann. TESTBIOTECH fordert deshalb eine Überprüfung der bisher erteilten Import-Zulassungen und eine Aussetzung der Prüfung und Genehmigung von neuen Anträgen. ←

Trotz Corona

Glaubt nicht, dass wir

leiser werden!



**Unser Widerstand braucht Geld.
Jetzt spenden. Jetzt Fördermitglied werden.**

Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht.
Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr.
Solidarprinzip statt Profitprinzip.

Spendenkonto

IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91 / BIC GENODEF1ETK

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei
Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
www.CBGnetwork.org * Info@CBGnetwork.org

